

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4089 s. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltenen Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 61.

Mittwoch, den 13 März 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Bereichert Euch!

Wie sehr der Kampf um den Zolltarif und die Handelsverträge das deutsche Volk aufwühlt, beweist nachstehender Artikel, der, obwohl der linksliberalen „Berl. Ztg.“ entnommen, dennoch sich völlig mit unseren Anschauungen deckt und deshalb ebenso gut der Feder eines Sozialdemokraten entstammen könnte. Das Blatt schreibt:

Als der Sturm des 1848er Frühlinges die französische Juli-Monarchie fortsetzte und den geschäftskundigen König Louis Philipp mit seinem getreuen Regenschirm in die „Entbehrungen“ und die Langeweile der Verbannung schleuderte, da athmete man im Volke von Frankreich schaudernd darum auf, weil diese orleanistische Königs-herrschaft in den achtzehn Jahren ihres Daseins eine ungeheure materielle wirtschaftliche Verderbnis in das Land getragen hatte. „Bereichert Euch!“ das war das Lösungswort der bevorzugten Kasten gewesen. In England fielen die Kornzölle unter der Wucht des Cornes und der Verachtung des Volkes; in Frankreich klammerten sich Großgrundbesitzer und Großindustrielle in einem Bunde an die Liebesgaben-Versicherung auf Gegenseitigkeit der Schutzollwirtschaft.

Ein Graf Jaubert, der Ritterguts- und Eisenhüttenbesitzer in einer Person war, fand die geziemende Salbung zu dem Aussprüche, daß die Erhaltung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung von dem besonderen Schutze abhängt, den die Gesetzgebung den Großgrundbesitzern und Großindustriellen gewähre. Der große Wollwarenfabrikant Cavin-Gribaine pries hohe Schutzölle als etwas ungemein Gemeinnütziges. Es war ein Feilschen und Markten um möglichst hohe Gewinne aus der Kaife des Landes, aus den Taschen der Steuerzahler, der Verbraucher und dazu ein Aufgebot süßlicher patriotischer Redensarten, die der nackten Bereicherungsgier der bevorzugten, an der Macht sitzenden Schichten zur Hülle dienen sollten. Der Abg. Duvergier de Leauranne aber führt aus: „Schutzsteuern können Einzelnen einen unverhältnismäßigen Gewinn zuwenden, indem sie ihnen die Konkurrenz beseitigen und ein Monopol schaffen —; durch Begünstigungen dieser Art wird aber der Reichtum eines Landes nicht vermehrt; sondern nur von der einen Stelle an die andere verlegt; denn was der Eine in die Tasche steckt, ist offenbar aus der Tasche des Anderen gewonnen.“ Ein Anderer sagte: „Wenn ich ein Erzeugniß, das ich zu 6 Francs aus dem Auslande beziehe, und das folglich nur 6 Francs werth ist, mit 10 Francs bezahle, so bezahle ich 4 Francs Steuern an den Fabrikanten, und wenn dieser dann eine Flasche Bordeaux von mir für 4 Francs kauft, so habe ich ihm den Wein umsonst geliefert.“ Lamartine (franz. Dichter) aber erinnerte daran, daß diese Monopole und Liebesgaben im Grunde gegen die Freiheiten verstoßen, die sich im Jahre 1789 die Franzosen erobert hatten.

Alle Einwendungen der Gegner prallten ab an dem ehernen Willen der aus Agrariern und Industriezöllnern bestehenden Kammermehrheit. Immer dreister wurde die Gewinnzufuhr an den Klügel der Begünstigten unter der Maske der Staatserhaltung, des Landeswohles betrieben, bis eines Tages die orleanistische Monarchie, die man für diese Schenk- und Raubwirtschaft mit Recht verantwortlich machte, unter dem allgemeinen Unwillen zusammenbrach. So hatte in Frankreich die sogenannte Politik des Schutzes der nationalen Arbeit eine „Untergrabung der bestehenden Staatsordnung“ herbeigeführt, um in der Sprache unserer Scharfmacher zu reden. In England aber, wie wir oben bereits erwähnt, hatte man zur rechten Zeit die Kornzölle aufgehoben und eine verständige und volkfreundliche Wirtschaftspolitik aufgerichtet. Mögen bei uns in Deutschland die Herren Junker vermöge allerlei besonderer Verhältnisse, die just ihnen zu flatten kommen, mit verächtlichem Achselzucken über die Möglichkeit hinweggehen, daß eines Tages die Loosung „Bereichert Euch!“ auch hier zu Lande mit einem Zusammenbruche endigen könnte, bei dem für die Nutznießer des jetzigen Begünstigungsunwesens wenig Gutes herauskommen möchte, — die Lehren der Weltgeschichte sind die eindringlichsten Lehren, und gegen den Fluch des Unrechts ist kein Kraut gewachsen.

Auch die französischen großen und kleinen Herren von der Silbe der Staatspfändner und Liebesgabenstreber waren höchst fromme, sehr gott- und thronergebene Ord-

nungsmänner. Es half ihnen nichts, als der Sturm hervorbrach und ein Neues an die Stelle des Veralteten und Schlechten trat. Wir in Deutschland wollen und erwarten keine anderen Umwälzungen, als diejenigen, die im Wege des Gesetzes eine Verdrängung des alten Unrechts durch ein neues Recht bewirken. Aber kommen werden sie, diese Umwälzungen, — die Herren, die heute im Rohre Pfeifen schneiden und keine Sorge um die Wandelbarkeit und Vergänglichkeit alles Menschlichen zu kennen scheinen, sie können sich darauf verlassen. Es raschelt und knistert im Bau, und die Vorbereitung eines Umschwunges, der aus tiefer Nacht zu rosigem Licht führt, wird um so sicherer gefördert, wenn die Nation dasjenige Patriotenthum, das den Mund mit vaterländischen Redensarten und Schmähungen gegen die Mächte des Umsturzes am vollsten zu nehmen pflegt, so in der ganzen Blöße seiner brutalen Profitgier zu sehen bekommt, wie dies jetzt mit den scharfmacherischen Panzerplattenmännern der Fall ist.

Dieselben Kreise, die ohne weiteres mit dem Vorwurfe der Reichsfeindschaft, der Vaterlandslosigkeit bei der Hand sind, wenn charaktervolle Männer nicht alle Schaumschlägereien, alle Reichsreklame, alles Irdischlerieren gewisser Leute mitmachen mögen, — sie, die sie das reine Deutschtum mit seiner angeblichen besonderen Treue und Redlichkeit in Erbpacht zu besitzen wähnen, sie bedenken sich keinen Augenblick, das Deutsche Reich um viele Millionen zu übertheuern, dem Auslande ihre Waaren billiger zu liefern, als dem eigenen Vaterlande. Sechzig Millionen Mark ungerechten Uebergewinn, Gewinn über den reichlich genug bemessenen regelrichtigen Geschäftsgewinn hinaus wollen diese Herren Schlotmagnaten dem Reiche abknöpfen. Sie sind Edelpatrioten reinster Züchtung, die sich unterfangen, die große Masse des deutschen Volkes in ihrer Scharfmacherart zu behandeln; aber sie jagen mit weiland Kaiser Vespasian „Geld riecht nicht“ und denken: „Lieb' Vaterland, magst ruhig sein! wir streichen deine Gaben ein.“

Bereichert Euch, bereichert Euch! Nüget den Tag, nüget die Zeiten! Nur vergeßet nicht, Ihr Herren allesamt in allen Lagern des zoll- und prämiengesegneten Geschäftspatriotenthums, Ihr Brodvertheurer und Lichtbesteuere, vergeßet nicht, daß die Welt noch immer rund ist und sich drehen muß, und daß es nicht immer so bleiben kann hier unter dem wechselnden Mond!

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote“.)

Berlin, den 11. März 1901.

Der Reichstag berieth heute den Kolonialetat, und hatte dabei Gelegenheit, den neuen Kolonialdirektor Dr. Stübel kennen zu lernen, einen hochgewachsenen blaffen Herrn, der mit Rednergabe keineswegs gesegnet ist. — Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Präsident des verstorbenen Abgeordneten v. Stumm, dessen Andenken das Haus in gewohnter Weise durch Erheben von den Sitzen ehrte.

Zu einer langen Auseinandersetzung gab der Etat für Deutsch-Ostafrika Anlaß. Keine Hoffnung ist Wahrheit geworden, die Kolonialenthusiasten an diese Erwerbung knüpften; die Millionen, die diese „Kolonie“ verschlingt, tragen keine Früchte. Ein harter Steuerdruck lastet auf den Eingeborenen; die drückende Hüttensteuer wird nach den Berichten wohlunterrichteter Beobachter unter Blutvergießen eingetrieben; fortwährend brechen Aufstände aus; die Sklaverei, angeblich verpönt, dauert als Haus-sklaverei — die gestattet ist — und nicht nur in dieser Form fort; selbst den Sklavenhandel und den Sklavenraub hat man nicht radikal zu beseitigen vermocht. Alle diese Mißstände wurden von den Genossen Bebel und v. Vollmar zur Sprache gebracht; der Letztere betonte auch die völlig ungenügende Vorbereitung der Kolonialbeamten, die zu zahlreichen Mißgriffen geführt hat. Der Kolonialdirektor und die kolonialschwärmerischen Abgeordneten Dr. Hesse, v. Kardorff, Graf Stolberg u. s. w. konnten auf die wichtige Beweisführung der sozialdemokratischen Wortführer nur mit Wechselln auf die Zukunft — recht, recht ungewissen Wechselln leider — zulenken. — Beim Extraordinarium des ostafrikanischen Stats kam es wieder, wie im vorigen Jahre, zu einer Eisenbahndebatte, bei der wieder wie

damals die fremdartigen Namen M r o g o r o, M u h e s o u. s. w. erschollen. — Auf Antrag der Budgetkommission wurde trotz H a s s e's alldeutschen Wehklagen die für die Fortsetzung der Tanga—Muheja-Bahn nach Rombo geforderte Kleinigkeit von rund 1 1/2 Millionen Mark gestrichen, nachdem Eugen R i c h t e r unbarmherzig zugleich und humorvoll die überschwänglichen Hoffnungen der Optimisten zergliedert hatte. — Bei dieser Gelegenheit war es, daß Vizepräsident v. Frege wieder einmal den Beruf in sich verspürte, etwas Abwechslung in das Einerlei der Berathung zu bringen. Er wollte über die „Regierungsvorlage“ abstimmen lassen, die von der Kommission abgelehnt war, also gar nicht zur Abstimmung stand. Richter erhob Einspruch dagegen; als aber v. Frege, durch des Kolonialschwärmers H a s s e's schier unbegreifliche Zustimmung ermuntert, bei seinem Abstimmungsvorsatz beharrte, bezweifelte Richter die Beschlußfähigkeit des Hauses. Herr v. Frege erinnerte wieder einmal stark an den bekannten Greis in der großen Seestadt Leipzig; da erschien Graf V a l l e - s t r e m als Retter in der Noth, und alles klärte sich auf. Ordnungsgemäß wurde der Antrag der Budgetkommission auf Streichung des oben erwähnten Postens zur Abstimmung gebracht und gegen die Stimmen eines Häufleins Kolonialschwärmer angenommen, nachdem Richter auch seinen Zweifel an der Beschlußfähigkeit zurückgezogen hatte.

Ebenfalls gestrichen hatte die Kommission die für den Bau der sogenannten S t i c h b a h n von Dar-es-Salaam nach M r o g o r o geforderte Summe; sie empfahl dagegen eine Resolution, welche vom Reichskanzler eine Gesetzesvorlage fordert, auf Grund deren die genannte Stichbahn mit Hilfe des Privatkapitals gebaut werden soll. Nachdem Dr. Stübel eine derartige Vorlage für die allernächste Zeit in Aussicht gestellt hatte, wurde der Antrag der Kommission ohne weitere Erörterung angenommen.

Beim Etat für Kamerun gab der Konservative S c h r e m p f (ob wohl zum Wohlgefallen aller seiner Parteigenossen?) der Wahrheit die Ehre und rügte die grausame Behandlung der Schwarzen auf den kameruner Plantagen; der Kolonialdirektor Stübel machte zunächst einige unverbindliche Redensarten und erklärte dann mit großer Offenherzigkeit: man könne doch von ihm nicht verlangen, daß er für die Regier gegen seine deutschen Landsleute Partei ergreifen solle.

Beim Etat für Südwestafrika brachte Bebel die Verhältnisse der dortigen weißen Arbeiter, die viel zu wünschen übrig lassen, sowie die empörende Behandlung nach dort gelockter M ä d c h e n, die zu mehrfachen Selbstmorden geführt hat, zur Sprache. Als er dann noch einmal die Mordthat des Prinzen Prosper Arenberg beleuchtete, verließ dessen gleichnamiger Verwandter und Zentrumsabgeordnete den Saal; als Bebel von der Begründung jenes Mordes sprach, unterbrach ihn Balleström und stellte die farnose Theorie auf: es dürfe nur über Begründungen im Allgemeinen, nicht aber über einzelne Gnadenakte gesprochen werden. — Die bedeutende Erhöhung des Stats der Artillerie der Schutztruppe ist in der Kommission mit der drohenden Buren-Invasion verteidigt worden. v. Vollmar wies auf den Widerspruch hin, daß man auf der einen Seite die Buren feiere, auf der anderen Maßregeln gegen ihre Einwanderung ergreife. Der Widerspruch fand keine befriedigende Lösung. Die Südafrikaner gaben zu keiner Debatte Anlaß. — Morgen: Reichseisenbahnetat; Petitionen.

66. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Frhr. v. R i c h t h o f e n, Dr. Stübel. Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Frhr. v. Stumm durch Erheben von den Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Kolonialstats. Die Berathung beginnt mit dem Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet.

Bebel (SD.): Seit 17 Jahren haben wir nun die Kolonie Ostafrika und was ist uns nicht alles versprochen worden! Aber so gut wie nichts ist in Erfüllung gegangen. Den Informationen der Regierung und der Kolonialinteressenten, die im Kolonialrat das große Wort führen, stehen die Anschauungen gründlicher Sachkenner z. B. des früheren Sekretär der Kolonialgesellschaft Meinecke durchaus gegenüber. Im Laufe der Jahre haben wir nicht weniger als 80 Millionen in Ostafrika hineingesteckt, aber der Handel hat sich gerade in den letzten Jahren bedeutend verschlechtert. Im Jahre 1899 hat der Werth des deutschen Handels nicht einmal 2 Millionen Mark betragen, eine Thatfache, die sogar uns auf's Höchste überrascht hat. Nur die Hüttensteuer weiß steigende Ein-

nahmen auf. Würde eine ähnlich hohe Steuer, wie sie dort von den armen Eingeborenen aufgebracht wird, sie beträgt drei Rupien (gleich vier Mark zwanzig Pfennig) auf die Hütte, in Deutschland entsprechend erhoben, eine Revolution würde hier die Folge sein. Die Steuer kann nicht nur in Geld, sondern auch in Naturalien und in Arbeitsleistungen erachtet werden. Man hat sie als Erziehungsmittel angesprochen, weil sie die Eingeborenen an Arbeit gewöhnt. Ihre Folge waren aber nur blutige Aufstände. Im Oktober vorigen Jahres sind allein 40 Menschen beim Eintreiben der Steuer niedergemetzelt worden. Im Laufe der Zeit sind nach den Angaben des Dr. Hans Wagner 2000 Menschen beim Eintreiben dieser Steuer getötet worden. Herr Dr. Wagner erklärte sich in seinem Streit mit dem General Liebert bereit, diese Thatsache vor Gericht eiblich zu erhärten. Und was bringen diese Blutopfer ein? Höchstens eine Million Mark jährlich. Bei einer einzigen Expedition nach dem Kilimandscharo hat der als human bekannte Hauptmann Johannes 19 Häuptlinge hingerichtet lassen. Die ganze Verwaltung ist verfehlt. Die Offiziere kommen hin mit deutschen Begriffen. Sie wollen das Land regieren wie Deutschland, sie verlegen sich auf das Verwaltungswesen, alles dekretiert und reglementiert. Diese ganz verkehrte Methode hat die Entwicklung der Kolonie verhindert. Statt durch Militärs und Beamte sollte die Kolonie durch Kaufleute verwaltet werden. Ich habe die Frage an den Kolonialdirektor zu richten, ob die Mittheilung der deutsch-afrikanischen Zeitung richtig ist, wonach in einer amtlichen Konferenz statt über die Abschaffung der Sklaverei über ihre Reglementierung konferirt worden ist. Sind diese Angaben wahr, so wird in Ostafrika mit Willigung unserer Behörden die Sklaverei in gewissen Grenzen aufrechterhalten. Die Grenzen bestehen darin, daß die Eltern nicht von den Kindern getrennt verkauft werden sollen, und weiter habe ich den Kolonialdirektor zu fragen: Was ist mit dem Hauptmann Kauenberg geschehen, der als Stationschef in der Nacht durch das Schreien eines Kindes gewedt wurde und in seiner Wuth Mutter und Kind getödtet hat? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Hasse (W.): Den niedergehenden Eisenbahnhandel wieder zu beleben, sollten wir uns nicht bemühen, sondern wir sollten uns lieber auf den Plantagenbau legen. Dazu wäre natürlich ein Ausbau der Verkehrswege notwendig. Herrn Meineskes Urtheil steht in hohem Grade gegen die dem Urtheil der Kolonialgesellschaft. Vielleicht sind für Herrn Meineske persönliche Momente maßgebend gewesen. Die Hüttensteuer, die Herr Bebel scharf kritisiert, wirkt dadurch gegenständig, daß sie die Bevölkerung festhält macht. Ob Herr Bebel's Quellen, die er für die Vermehrung der Aufstände anführt, zuverlässig sind, weiß ich natürlich nicht. Das Urtheil des Herrn Hans Wagner ist für mich jedenfalls absolut nicht maßgebend. — Die Sklaverei kann man mit einem Federstrich natürlich nicht beseitigen. Die Konferenz, welche Herr Bebel erwähnte, bedeutet doch eine allmähliche Abchwächung der Härten der Hausflaverei.

Kolonialdirektor Dr. Stäbel: Herr Bebel meinte, die Ausgaben für Ostafrika im Laufe der Zeit betragen 80 Millionen. Die Gesamtsumme beträgt jedoch nur 55 Millionen. Daß die Handelsverhältnisse zur Zeit nicht günstig sind, liegt an den mangelhaften Verkehrsmiteln und wir müssen daher für die Verbesserung derselben sorgen. Die Angabe, die Herr Bebel ein- u. hinstellen, ist entnommen hat, daß die Maßnahmen des früheren Gouverneurs Liebert daran schuld sind, daß 2000 Menschen ihr Leben bei der Eintreibung der Hüttensteuer verloren hätten, kann ich nach genauer Erleuchtung mit an dem Gewissen als phantastische Unwahrheit bezeichnen. (Hört, hört! rechts.) Es ist ja richtig, daß Aufstände innerhalb des Schutzgebietes stattgefunden haben, aber diese haben durchaus nichts mit der Hüttensteuer zu thun, sondern sie handelte sich um einen Streifzug gegen den Häuptling Malsimba Winkandani, der sich geweigert hatte, mit der Behörde in Verhandlungen zu treten bezüglich der Bezahlung der Hüttensteuer. — Die Angriffe gegen Major Liebert sind ganz unbegründet, wie ich hier mit besonderer Genauigkeit konstatire. Herr Liebert tritt aus eigenem Antriebe in die Arme zurück, wo ihm ein höheres Kommando zugeordnet ist. — Wenn gesagt ist, daß zu viel Verordnungen erlassen sind, so weiß ich darauf hin, daß in einem gleichen Zeitraum in Britisch-Ostafrika eine bedeutend größere Anzahl von Verordnungen erlassen sind. Selbstverständlich aber halten auch wir es für wünschenswert, daß das kanonische Element gegenüber den Beamten und dem militärischen Element möglichst bald zur Majorität gelangt. — Was die Konferenz anlangt, die sich mit der Sklaverei beschäftigte, so ist nichts weiter versucht worden, als die Auswache der Hausflaverei zu beseitigen. Jedemfalls habe ich aber die Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß auch der Ansehliche vermeiden werden muß, daß es sich bei der Hausflaverei um eine gezielte Einrichtung handle. Der Hauptmann Kauenberg ist wegen schwerer Körperverletzung mit Amtsentsetzung, Demittirung, Degradation und drei Jahren Gefängniß bestraft worden.

Herr von Herling (B.) regt an, in einem Geleichenworte vorbereitende Maßnahmen zur Beseitigung der Hausflaverei zu treffen.

Herr Bebel: Ich möchte den Herrn Kolonialdirektor fragen: Woher ergab sich denn die Hausflaverei? Wenn wir die Quelle verfolgen, aus der der Schlag herkommt, dann muß die Hausflaverei auf dem Wege des Ansehens ganz von selbst hervorgegangen sein oder ist keine Noth. Daß die Hüttensteuer ein wesentliches Moment für den Aufstand gewesen ist, kann geradelt bestritten werden. Ich möchte fragen, wie hoch der Tagelohn ist und welche Bezahlungsmittel angewendet sind, um festzustellen, ob am Tag Besatzarbeit so und so viel Steuer anbringt. Wenn der Herr Kolonialdirektor die Anwendungen für Ostafrika auf 55 Millionen berechnet, so sind dann nur die direkten Anwendungen berücksichtigt. Rechnen wir die indirekten hinzu, dann ist die Summe von 80 Millionen eher noch zu niedrig gesagt. Der Herr Kolonialdirektor erklärt die langsame Entwicklung der Kolonie mit dem Mangel an Verkehrswegen. Wir haben aber Geld für Regellen und Bahnen ausgegeben, und trotzdem ist der Handel nicht geblüht. Ob gerade durch die Verwaltung Deutschlands die Einwohnerzahl in der Kolonie sich vermehrt hat, kann sehr bezweifelt werden. Die meisten dieser Kinder die Naturkinder, und gegen die sind wir ohnmächtig. Daß gerade 2000 Menschen bei dem Eintreiben der Hüttensteuer getödtet worden sind, ist sehr bedauerlich. Wir war uns darauf zu thun, festzustellen, daß die Steuer zu Aufständen und Menschenverderben geführt habe.

Kolonialdirektor Stäbel: An der Stelle handelt der tägliche Arbeitslohn 45 bis 70 Sja. Die Hausflaverei legt sich nur durch die Sklaverei.

Herr von Herling (B.): Dann haben die Eingeborenen also 8 bis 12 Tage Arbeit zu leisten. Der Kolonialdirektor hat eben eben erklärt: die Hausflaverei legt sich durch die Sklaverei fest. Dann was aber auch bei der Abschaffung der Sklaverei nicht daran dachte, die Hausflaverei aus dem Lande zu vertreiben, so war man doch zum mindesten der Meinung, daß auf demselben Gebiet kein Sklave mehr geboren werden könne. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für die Okkupation der Schutzgebiete geht es als Hauptgeschäft die Vertreibung der Sklaverei, wenn aber fortgesetzt neue Sklaven geboren werden, kann heute man nicht davon reden, daß wir die Sklaverei beseitigen. (Sehr richtig! links.) Wenn man jetzt gegen die Sklaverei ist, dann darf man nicht die Hausflaverei beseitigen lassen, wie das in der Kommission geschieht. Und wenn man die Hausflaverei beseitigt, dann sollte man eben erklären: Wir können die Sklaverei nicht beseitigen, wir treten für sie ein. Ich glaube aber nicht, daß die Herren des Reiches haben, daß sie nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das A und das D der Hüttensteuer in mehreren Kolonien ist der Grund ein richtig organisirter Personal für die Verwaltung. Der Ansehliche des Kolonialdirektors in der Kommission, was Herr von Herling anführt, ist das Sklaverei wegen der langen Zeit in der Kolonie stehen, nicht zu verstehen, daß die lange Arbeitszeit

zeit durchzumachen, hat mich durchaus nicht befriedigt. Thatsächlich schicken wir die Leute ganz unangebildet nach den Kolonien. Die Holländer widmen der Ausbildung der Kolonialbeamten die allergrößte Aufmerksamkeit. So lange wir es nicht ebenso machen, so lange unsere Beamten es nur als eine Art Sport betrachten, in den Kolonien thätig zu sein, so lange werden wir keine besseren Verhältnisse in den Kolonien haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Graf Stolberg-Bernigerode (R.): Auch wir betrachten die Abschaffung der Sklaverei als ein der Hauptziele unserer Kolonialpolitik. Herr v. Bollmer hat es als einen entsetzlichen Zustand hingestellt, daß ein Kind als Sklave geboren wird. Aber er zeige uns doch ein praktisches Mittel, wie es zu verhindern ist. Wir müßten unsere Schutztruppe und die Polizei um das Befugniß vermehren. Die Sklaverei und Hausflaverei können wir endlich beseitigen, indem wir Kultur ins Land bringen. Kultur aber können wir nur verbreiten, wenn wir Eisenbahnen bauen.

Kolonialdirektor Stäbel: Ich habe in der Kommission nur gesagt, daß der Ausbildung der Beamten große Schwierigkeiten entgegen stehen, namentlich deswegen, weil die Herren des Klimas wegen nicht lange in der Kolonie bleiben.

Herr Bebel (SD): Graf Stolberg hat die Forderung, daß auf dem Gebiet Sklaven geboren werden, dazu benutzt, für die Centralbahn Propaganda zu machen. Wenn wir in Deutschland in ähnlicher Weise Bahnen bauen wollten, dann müßten wir Tausende von Millionen ausgeben. Und es ist mehr als fraglich, ob überhaupt nur die Zinsen gedeckt würden. Der einzige Weg, um die Hausflaverei zu beseitigen, wäre, daß man die Kinder der Sklaven vom Tage der Geburt als freie Leute anerkennt. (Beifall links.)

Herr Kardorff (Ap): Rechtlich wird von uns der Bestand der Sklaverei nicht anerkannt. Die Kinder sind, wenn sie geboren werden, freie Leute. Die Negerstämme empfinden es doch als eine Wohlthat, von Sklavenhandel und Sklavenraub befreit zu werden, da haben wir doch ein gewisses Recht, den Leuten die Hüttensteuer anzuerkennen.

Damit schließt die Diskussion.

Herr Präsident Graf Ballestrin bedauert, eine Wortmeldung Bebel's übersehen zu haben.

Das Gehalt des Gouverneurs für Ostafrika wird bewilligt, ebenso die weiteren dauernden Ausgaben.

Es folgen die „einmaligen Ausgaben.“

In dem Extraordinarium werden für Fortführung der Eisenbahn Tanga-Niueja bis Korogwe dritte und letzte Rate 950 000 Mark und zur Fortsetzung der Bahn bis Romba als erste Rate 1 550 000 Mk. gefordert.

Die Kommission beantragt, diese 1 550 000 Mark zu streichen.

Herr Hasse (W.) bedauert die Streichung dieser Summe und hofft, daß im nächsten Jahre wenigstens die Hälfte der gestrichenen Summen bewilligt wird.

Herr Arndt (Ap) schließt sich dem Vordränger an. Prinzipielle Bedenken gegen die Fortführung der Bahn liegen bei der Mehrheit des Hauses nicht vor, daher würde ich den Kolonialdirektor bitten, falls im Laufe der voranschreitlichen langen Session die Bahn bis Korogwe fertig wird, in einem Nachtragset die Mittel für die Fortführung der Bahn zu fordern.

Herr Richter (Zp): Ich glaube, es ist mit Sicherheit auf ein Defizit zu rechnen. Vor allem möchte ich aber das Haus warnen, sich auch hier wieder auf einen Nachtrag einzulassen.

Herr Bebel (SD) v. Frege: Wir kommen zur Abstimmung. Ich werde zunächst über die Regierungsvorlage abstimmen lassen, um verschiedenen Wünschen aus dem Hause entgegenzukommen und alsdann über den Antrag der Budgetkommission.

Herr Richter (Zp) [zur Geschäftsordnung]: Es liegt nur ein Antrag der Kommission auf Streichung des Titels vor. Ueber diesen wäre allein abzustimmen.

Herr Hasse (W.): Der Herr Präsident kann verfahren wie er will und es sprechen in diesem Falle wohl Gründe für ein solches Verfahren.

Herr Richter (Zp): Dann bezweifle ich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Herr Bebel (SD) v. Frege wendet sich an alle Seiten. Es entsteht eine längere Pause. Endlich erscheint Graf Ballestrin neben dem Vizepräsidenten.) Nach kurzer Besprechung erklärt Vizepräsident v. Frege: Nachdem von keiner Seite eine Abstimmung verlangt wird und die Herren sich ausdrücklich vorbehalten haben, auf ihre Wünsche später zurückzukommen, will ich jetzt darauf verzichten, die Vorlage zur Abstimmung zu bringen und mich darauf beschränken, über den Antrag der Budgetkommission abstimmen zu lassen. (Stürmische Heiterkeit.)

Herr Richter (Zp): Dann ziehe ich meinen Zweifel zurück. (Erneute stürmische Heiterkeit.)

Der Antrag der Budgetkommission wird angenommen.

Zur Herstellung einer Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Korogoro werden als erste Rate 2 000 000 Mk. gefordert.

Die Kommission beantragt diesen Titel zu streichen und empfiehlt eine Resolution, in welcher der Reichskanzler ersucht wird, dem Reichstag eine Vorlage zu machen, wonach zur Erbauung der Bahn das Privatkapital herangezogen oder ein entsprechender Vertrag mit einem Privatunternehmer geschlossen werden soll.

Auf die Mittheilung des Kolonialdirektors Dr. Stäbel, daß den geizgebenden Körperkassen unmittelbar ein Telegramm betr. Uebernahme einer Versicherung für das Anlagekapital der Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Korogoro zur Begünstigung zugehen werde, wird die Resolution verlagert.

Zu der Abstimmung wird der Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Position angenommen.

Der Rest des Etats wird hierauf debattelos erledigt. Es folgt der Etat für Kamerun.

Herr Bebel (SD) v. Frege stellt sich über die Ertheilung von großen Landbesitzungen an Privatgesellschaften in Kamerun. Eine wichtige Frage ist die Arbeiterfrage. Die Arbeiter erhalten nur 5 bis 8 Mk monatlich. Außerdem läßt ihre Behandlung viel zu wünschen übrig. Die Anwendung der Prügelstrafe ist dort wohl unvermeidlich, aber ihre Anwendung ist außerordentlich ernst, und wird von ganz ungenügenden Persönlichkeiten vollzogen. Der „Deutsche Reichsboten“ in Stuttgart hat f. H. eine Reihe der schwersten Klagen gegen die Beamten in Kamerun erhoben. Ich werde das Material dem Herrn Kolonialdirektor gern zur Verfügung stellen zwecks weiterer Prüfung. Es wird auch von ständigen Anschuldigungen gegen die Eingeborenen berichtet.

Kolonialdirektor Dr. Stäbel: Ich wäre dem Herrn Vordränger sehr dankbar, wenn er mir das Material überläßt. Ich werde mich bemühen, möglichst alle Mißstände, die sich in Afrika zeigen, insbesondere die schlechte Behandlung der Eingeborenen abzuheben.

Damit schließt die Diskussion; der Etat wird genehmigt. Ebenso debattelos der Etat für Togo.

Es folgt der Etat für Südwestafrika.

des zum Tode und zur Ausstoßung aus der Arme verurtheilt worden. Im Wege der Gnade ist dies Urtheil in 16 Jahre Gefängniß verwandelt worden. Es ist doch außerordentlich auffallend, wenn in Deutschland ein Mörder... (Stimme des Präsidenten.)

Herr Präsident Graf Ballestrin: Das Begnadigungsrecht ein Recht der Krone, wobei sie niemand Rechenschaft zu geben hat. Ich habe zugelassen, daß das Begnadigungsrecht im allgemeinen besprochen wurde, aber ich darf nicht zulassen, daß ein spezielles Akt des Kaisers hier kritisiert wird.

Herr Bebel (SD): Beim Militärstatut sind wiederholentlich einzelne Unabenachte gegen Duellanten besprochen worden. Es handelt sich hier um eine staatsrechtliche Handlung des Kaisers, die Gegenzeichnung eines Ministers haben muß.

Herr Präsident Graf Ballestrin: In früheren Fällen handelt es sich immer um eine Prinzipienfrage. Ich erlaube Sie nochmals von einer Erörterung des speziellen Falles abzusehen. (Bravo rechts.)

Herr Bebel (SD): Der Herr Präsident hat als solcher das Recht, mit derartige Vorschriften zu machen. Ich bin dem geneigt zu schweigen, glaube aber, dieses mein Schweigen wird im Lande draußen gewürdigt werden.

Kolonialdirektor Dr. Stäbel: Herr Bebel kann ich erwidern, daß die deutschen Versicherungsgehalte für Südwestafrika nicht gelten. Die Kolonialverwaltung billigt aber grundsätzlich alle den die Rente zu, welche sie in Deutschland haben würden. Der Einwanderung von Mädchen nach Südwestafrika steht die Kolonialverwaltung vollkommen fern. Der Deutschen Kolonialgesellschaft steht hierfür ein Fonds zur Verfügung. Ueber die von Herrn Bebel in dieser Beziehung gerügten Mißstände werde ich Untersuchungen einleiten.

Herr Bebel (SD): Durch Verordnung wäre es sehr leicht zu erreichen, daß auch die Arbeiter dort der Versicherungspflicht unterliegen.

Das Ordinarium wird bewilligt.

Im Extraordinarium werden zur Vermehrung der Artillerie in Südwestafrika 321 000 Mark verlangt.

Die Kommission beantragt, nur als erste Rate 250 000 Mark zu bewilligen.

Herr von Herling (B.) v. Frege: Es wirft ein eigenthümliches Licht auf die Burenfürsorge, daß diese Forderung in der Kommission damit begründet wurde, daß man sich gegen ein eventuelles Inkongruenz von Buren schütten müsse. Diese wurden als grausam, fast unheimlich zu regieren hingestellt. Ich halte die Buren für ein außerordentlich tüchtiges Element, als Pioniere, und meine, wir sollten sie anders begünstigen als mit vermehrten Kanonen.

Herr Bebel (SD) v. Frege: Dr. Hasse (W.) und Herr Müller-Sagan (Zp.) verwahren sich persönlich gegen den Vorwurf der Bureneigenschaft. Die von Herrn v. Bollmer zitierte Aeußerung sei nur von einem Mitgliede der Kommission vertreten worden.

Herr von Herling (B.) v. Frege: Vermißt die Angabe irgend eines sich haltigen Grundes für die Vermehrung der Artillerie.

Kolonialdirektor Dr. Stäbel: Eine Vermehrung der Infanterie wäre zu theuer gewesen, daher haben wir uns auf Grund militärischer Gutachten für die Vermehrung der Artillerie ausgesprochen.

Der Antrag der Kommission wird hierauf angenommen.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt, ebenso die Titel für Neuquinea, die Karolinen, Palau und Marianen-Inseln, für Samoa und die auf die Kolonialverwaltung bezüglichen Titel des Auswärtigen Amtes.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag 3 Uhr. (Etat des Reichszeitungsamts, Petitionen.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Durch den Tod des Freiherrn v. Stumm ist eine Erbschaft im Reichstagswahlkreis Trier 6 (Darmstadt-St. Wendel-Meisenheim) erforberlich geworden. Ob die (freikonservative) Reichspartei den Wahlkreis behaupten wird, den Herr v. Stumm ausschließlich durch seine Persönlichkeit und durch seine gewaltsame Unterdrückung der Gegner in seinen Betrieben gehalten hat, steht sehr in Frage. Bei den letzten Wahlen am 15. Juni 1898 wurden an Stimmen abgegeben für Stumm 12 267, für das Zentrum 12 493, für die Nationalliberalen 2918, für die Sozialdemokratie 112. In der Stichwahl siegte Herr v. Stumm mit 16 896 Stimmen über den Zentrumskandidaten, der es auf 13 432 brachte. Daß bei der Erbschaft die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen beträchtlich in die Höhe schnellen wird, unterliegt keinem Zweifel.

Bei der Reichstagswahl in Posen, die am gestrigen Montag stattfand, erhielten, wie Wolffs Darmstadt meldet, in der Stadt Posen Oberbürgermeister Witting (deutsche Partei) 7276, Rechtsanwalt Chrzanowski (Pole) 8171, Kasprzak (SD.) 675 Stimmen. Der deutsche Kandidat erhielt somit in Posen ca. 2000 Stimmen mehr als beide deutsche Kandidaten bei der letzten Reichstagswahl. Soweit das Resultat aus dem ganzen Wahlkreise bisher bekannt ist, wurden für Witting 8677, für Chrzanowski 11 022 und für Kasprzak 681 Stimmen abgegeben, so daß die Wahl des polnischen Kandidaten gesichert erscheint. — Im Jahre 1898 erhielten bei der Hauptwahl: Moty (poln. Pop.) 7727, Andrzejewski (poln. Volksp.) 6132, Hugel (W.) 4864, Jüdel (Zp.) 2577 und Morawski (SD.) 620 Stimmen; in der Stichwahl siegte dann Moty mit 8734 Stimmen über Andrzejewski, der nur 7999 auf seinen Namen vereinigte.

Die Abstriche vom Etat. Die Budgetkommission des Reichstags hat an dem diesjährigen Reichshaushaltsetat folgende Abstriche vorgenommen:

Reichseisenbahnetat	Mk. 5 800 000
Heeresetat, einschließlich der bairischen Quote	7 100 000
Marineetat	4 400 000
Kolonialeetat	3 900 000
Zusammen	Mk. 20 700 000

um welche sich die zur Gleichstellung des Etats erforderliche Anleihe vermindern wird. Die Zentrumspresse rühmt diese Abstriche als „sehr erhebliche.“ Der Abgeordnete Eugen Richter aber, bekanntlich ein hervorragender Etatsrechner, bemerkt in seinem Blatte: „Das sieht nach mehr aus, als es thatsächlich bedeutet, denn der allergrößte Theil der Abstriche ist entstanden durch die Kürzung von Fahrstraten, welche in dem ge-

forderten Umfange in diesem Jahre noch nicht gebraucht werden, aber für die Folgezeit bis zur Fertigstellung der betreffenden Anlagen verstärkten Bedarf nach sich zieht. Ein entsprechender Anleihebetrag würde demnach auch im Falle ungezügelter Bewilligung in diesem Jahre nicht realisiert worden sein."

Die „Köln. Volksztg.“ meint: „Charakteristisch für die diesmaligen Beratungen der Budgetkommission ist der Umstand, daß alle Abstriche auf Anträge des Zentrums, der nationalliberalen und der konservativen Parteien erfolgt sind, von den Sozialdemokraten dagegen keinerlei Abstriche beantragt wurden.“

Das ist ein demagogisches Possenspiel. Die Sozialdemokraten lehnen bekanntlich den Etat im Ganzen ab. Sie haben also gar keine Veranlassung, Abstriche zu beantragen, während es ihrer grundsätzlichen Stellung nicht widerspricht, daß sie für die von anderer Seite beantragten Abstriche stimmen.

Graf Bülow hat sich im Reichstag zu dem Zentrumsprogramm bekannt, wonach die Arbeiter für die Besetzung durch die Brodvertheuerung entschädigt werden sollen durch das Almosen einer Ausdehnung von Wohlfahrtsanstalten. Eine Vereinbarung im Staatsministerium oder im Bundesrat ist dieser Bülow'schen Erklärung jedenfalls nicht vorausgegangen und es zeigt sich auch schnell, daß die Kollegen des Ministerpräsidenten mit einer solchen Verwendung der Ueberschüsse aus neuen Getreidezölle nicht einverstanden sind. Ein offiziöser Journalist, der sich einer besonderen Vertrauensstellung im Kaiserpalast rühmen kann, will nämlich das Fell des noch gar nicht erlegten Bären anders vertheilt haben. Er weist auf die schlechte Finanzlage des Reiches hin und schreibt:

Der Staatssekretär des Reichsschatzamt hat bei der ersten Lesung des Etats für 1901, sowie bei sonstigen Anlässen nicht verkannt, darauf hinzuweisen, daß die Zukunft des Reiches auf finanzpolitischem Gebiete sich nicht so günstig anläßt, wie es die letzten Jahre thatsächlich gewesen sind, und wer den Etat für 1901 aufmerksam durchliest, wird dem Staatssekretär Recht geben müssen. Es sind darin Einnahmen in Ansatz gebracht, deren Höhe durch die Wirklichkeit nicht erreicht werden dürfte. Die Folge davon wird sein, daß die Einzelstaaten an Materialbeiträgen mehr werden aufbringen müssen, als im Etat vorgelesen ist oder an Ueberschüssen weniger erhalten, was genau dasselbe Ergebnis hat. Würden die von der Zollserhöhung zu erwartenden Mehreinnahmen in der bisherigen Weise verwendet werden, so würden die Einzelstaaten wenigstens von 1904 ab die Ausfälle haben, von diesen Mehreinnahmen wieder etwas einzubekommen, und man könnte auf Grund der neuen Einnahmen eine Reform des finanziellen Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten anstreben. Bekanntlich ist auch im Jahre 1870 die Zollreform zu einer Finanzreform benutzt worden. Diese, die dringend nötig ist, würde auf Spiel gesetzt werden, wenn die aus der Zollserhöhung zu erwartenden Mehreinnahmen zu anderen Zwecken festgelegt würden. Jedenfalls würde es angesichts der jetzigen Finanzlage des Reiches und des Umstandes, daß die Reichstagsmehrheit für eine Reform der Konsumsteuern nicht zu haben ist, tief zu beklagen sein, wenn der Zeitpunkt für eine Finanzreform, der so geeignet wie möglich ist, verpaßt würde.

Herr von Miquel führt also Herrn von Bülow zu Gemüthe, daß wichtiger als Wohlfahrtsanstalten die Finanzreform wäre. Es ist völlig zutreffend, was hierbei über die schlechte Finanzlage des Reiches gesagt wird. Wir brauchen für die China und Flottenpolitik Millionen über Millionen und schon aus diesem Grunde wirkt es komisch, wenn man sich wegen der Vertheilung von Ueberschüssen streitet, die gar nicht zu erwarten sind. Die deutschen Wähler sollten sich doch dafür bedanken, die Narren des Zentrums zu sein, was sie würden, wenn sie an die Beglückung der Armen durch Zollserhöhungen glauben wollten.

Der Entwurf eines Süßstoffgesetzes ist dem Bundesrat jetzt zugegangen und besagt: Als Süßstoffe anzusehen sind alle auf künstlichem Wege gewonnenen Stoffe, die als Süßmittel gelten können, höhere Süßkraft als raffinierter Rohr- oder Rübenzucker, aber nicht den entsprechenden Nährwerth besitzen. Süßstoff darf, soweit nicht Ausnahmen zugelassen werden, den Nahrungs- und Genussmitteln bei deren gewerbemäßiger Herstellung nicht zugesetzt werden. Der Bundesrat ist ermächtigt, bestimmte Stoffe von der Vermischung mit Süßstoff auszuscheiden. Die gewerbemäßige Herstellung von süßstoffhaltigen Nahrungs- und Genussmitteln ist gestattet in Fabriken, Kur-, Pflege- und ähnlichen Anstalten; die gewerbemäßige Abgabe ist nur den Inhabern von Süßstoffabriken und solchen Personen gestattet, die die Erlaubnis der Steuerbehörde erhalten. Auf die Abgabe in Apotheken gegen schriftliche ärztliche Anweisung findet diese Vorschrift keine Anwendung. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft. Der zum Verbrauch im Inlande bestimmte Süßstoff unterliegt einer Verbrauchsabgabe von 80 Mk. pro Kilogramm chemisch reinen Süßstoffes. Das Gesetz soll am 1. April 1902 in Kraft treten. Dem Gesetzentwurf ist eine ausführliche Begründung beigegeben. In derselben wird die Einbringung der Vorlage als entsprechend der Resolution bezeichnet, die bei Verathung des Flottengesetzes am 7. Juni v. J. vom Reichstage angenommen wurde. Den Zeitraum bis zur Inkraftsetzung des Gesetzes beabsichtigt der Entwurf deshalb thunlichst weit zu bemessen, um den Händlern, welche vor dem Bekanntwerden des Gesetzes in gutem Glauben Süßstoff erworben haben, Gelegenheit zur Veräußerung der Waare zu geben und denjenigen Süßstoffabriken, welche etwa infolge des Gesetzes die Süßstoffherzeugung ganz oder theilweise einzustellen und sich demgemäß auf andere Fabrikationszweige einzurichten gedenken sollten, eine auktömmliche Frist hierfür zu gewähren. Einen Wink mit dem Kanonfahl dem Reichstagskanzler zu ertheilen, hält das Centrum jetzt für

an der Zeit. Die „Köln. Volksztg.“ warnt in einer Besprechung der politischen Lage den Grafen Bülow, „sich auf zu viele Stühle zu setzen“. Das Blatt sagt, eine Partei, die sich für notwendig für das Staatswohl hält, kämpfe in zweiter Linie auch für sich selbst, nicht für die wechselnden Regierungen. Wenn aber die heutigen Staatsmänner glauben, sie könnten das Centrum in der Frage der Aufhebung des Jesuitengesetzes dilatorisch behandeln, so würden sie sich bald eines anderen überzeugen. — Die Lösung des Zentrums lautet also: Keine Jesuiten, keine Erhöhung der Getreidezölle. Aber das Centrum wird schon mit sich handeln lassen. Wozu tragisch braucht deshalb Herr von Bülow die Warnung nicht zu nehmen.

Kleine politische Nachrichten. Nach der „Freis. Ztg.“ soll der neue Nachtragsetat für China am Freitag zur ersten Lesung im Reichstage kommen. — Die „Weserzeitung“ in Bremen erfährt: Die Untersuchung wegen des Attentats ergab bisher nichts weiter, außer daß sich eine einmündige Zeugin gemeldet und erklärt hat, sie habe das bewußte Eisenstück am Ort des Attentats kurz vor der That liegen gesehen. Der Reichsanwalt, der in Bremen gewesen ist, hat die Untersuchung dem Bremer Richter Donandt übergeben. — Herr von Stumm, der vier Töchter, aber keinen Sohn hinterlassen hat, hat nach der „Köln. Ztg.“ vor seinem Tode das Schicksal seiner großen industriellen Unternehmungen durch zweckmäßige Anordnungen für die Zukunft sichergestellt. Seine Werke sollen in einer Aktiengesellschaft vereinigt bleiben, deren Leitung den bisherigen Werkdirektoren anvertraut werden soll. — Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Dr. Sigl, der Herausgeber der Zeitung „Das bayerische Vaterland“, wurde, weil sich seit Wochen bei ihm Zeichen geistigen Verfalls bemerkbar machten, in eine Kuranstalt gebracht. — Wegen angeblicher Majestätsbeleidigung ist nachträglich in Würzburg die antilemisch-bauernbühlerische „Neue Bayerische Landeszeitung“ in Würzburg konfisziert worden wegen eines Leitartikels „Englands Freundschaft — Deutschlands Verderben“. — In Darmstadt hat am Sonntag eine heftige Landestrotzversammlung gegen die Erhöhung der Getreidezölle, die aus allen Theilen des Landes sehr zahlreich besetzt war von Stadtverordneten, Vertretern der Handelskorporationen und Industrie stattgefunden. — Der katholischen „Schles. Volkszeitung“ wird aus Künigsbrunn gemeldet: Eine Sonntag nach dem Volksgarten einberufene katholisch-polnische Versammlung wurde polizeilich aufgelöst, weil die Sozialdemokraten Vorkommnisse veranstalteten. (Ebenfalls ist der Vorkommnis dadurch entstanden, daß irgend ein Jesuit erst die Sozialdemokraten in unverantwortlicher Weise angegriffen hat, ohne daß man dann nachher den Angegriffenen das Wort zur Verteidigung gab. Red. d. S. Z.) Ein Sozialdemokrat wurde beim Verlassen des Saales mißhandelt und mußte sich mit den übrigen Sozialdemokraten flüchten. Die Menge ging hierauf ruhig auseinander. — Im englischen Oberhaus brachte Lord Broke einen Gesetzentwurf ein, wonach der von den Herrschern Englands bei der Thronbesteigung mit Bezug auf die katholische Religion abzulegende Eid abgeschafft wird. — Der Hafenarbeiter-Ausschuss in Marseille hat eine Arbeitswahrung erlassen. Die Seelente, welche seither mit den ausländischen Hafenarbeitern gemeinsame Sache gemacht hatten, beschloßen, vom Streik zurückzutreten, um die Lebensinteressen der Arbeiter nicht länger zu Gunsten fremder Häfen zu gefährden. Ferner hat die Kommission der Douanarbeiter ihre Forderungen auf die Erlangung des Achtstundentages beschränkt. — In Madrid kam es, wie der „Frankf. Ztg.“ vor dort gemeldet wird, Sonntag zu ziemlich bedeutenden Unruhen. Die Actienbeamten mißhandelten einen Arbeiter, der ein kleines Quantum Fleisch eingeschmuggelt wollte; das Publikum, dem das städtische Gefälle verhaftet ist, ergriff Partei für den Arbeiter und griff die Beamten an. Bald jammerten sich Tausende an, die elf Zollhäuser einwärts zogen und das Hauptgebäude ausplünderen. Die Polizei schritt ein; 18 Personen wurden verhaftet und 20 verhaftet. Im Inneren der Stadt gab es ebenfalls Unruhen. Kaufmännische Angestellte, etwa 300 an der Zahl, durchzogen die Straßen, indem sie die Sonntagsruhe verlangten, und schlugen viele Schaufenster ein. Sieben Verhaftungen erfolgten. — Bei den Generalratswahlen, die Sonntag in Spanien stattfanden, wurden gewählt: 232 Liberale, 191 Konservative, 20 Anhänger Gamazo's, 10 Anhänger Romero Robledo's, 17 Anhänger des Herzogs von Tetuan, 8 Karlisten, 28 Republikaner, 3 Mitglieder der Liberalen Union, 5 Mitglieder der nationalen Union, 11 Unabhängige. Die Parteistellung von 8 Gewählten ist zweifelhaft. — In Portugal ist bekanntlich seit einiger Zeit ebenso wie in Spanien eine antikerische Bewegung im Gange. In Lissabon haben nun Sonntag die Militärschüler der polytechnischen Schule gegen die Jesuiten lärrende Kundgebungen vollführt. Polizeibeamte drangen in die Schule ein und ver wundeten einige Schüler mit Säbelhieben. Die Schüler richteten an die Deputirtenkammer eine Schrift, in welcher sie gegen die Uebergriffe der Polizei protestirten. — Der Prozeß gegen die in Salonich verhafteten Bürger soll nach in dieser Woche beginnen. Der Wali von Salonich hat im Yıldızpalast in Konstantinopel Befehle eingeholt, ob die Verhandlungen geheim oder öffentlich geführt und ob die Angeklagten vor einen ordentlichen oder außerordentlichen Gerichtshof gestellt werden sollen. Die Anklage lautet auf Hochverrath. — Marokkanische Stämme in der Nähe des französischen Gebietes befinden sich in hellem Aufruhr. Truppen sind zur Verstärkung abgeschickt worden. — Italienische Nachrichten aus Verona theilen mit, daß die Abessinier vor zehn Tagen den Scheich Abdullahi in Horardighet vollständig schlugen. Die Somalis hätten viele Todte, doch auch die Verluste der Abessinier waren beträchtlich; die Abessinier machten eine große Anzahl Gefangenen. Abdullahi soll in der Richtung auf Bohool geflohen sein, verfolgt von den Abessinieren. — Prof. Hadley, Präsident der Yale-Universität in Newhaven, Connecticut, hielt in Boston eine Rede, worin er sagte: Wenn es den Amerikanern nicht gelingt, eine öffentliche Meinung zu schaffen, die, unbestimmt um die Gefesgebung, auf die industriellen Trusts regulierend einwirkt, haben wir binnen 25 Jahren in Washington einen Kaiser. Nun, ganz so leicht, wie Hadley denkt, werden sich die Amerikaner doch keinen Kaiser aufzuwachen lassen. — In Rio de Janeiro (Brasilien) wird der Ausbruch einer monarchischen Schilderhebung befürchtet. Die Truppen sollen konfignirt sein, die Flotte im Hafen unter Dampf liegen.

Transvaal.
Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Ueber die Friedensverhandlungen zwischen Kitchener und Botha fehlen noch immer alle irgendwie beglaubigten Angaben. Alles, was vorliegt, entpringt zum Theil der Kombinationsgabe sensationellster englischer Korrespondenten, die selbst nichts wissen. Die neuesten, einigermaßen glaubhaften Bedingungen belagen, die Kapitulationsbedingungen der britischen Regierung seien an Kitchener übermittelt worden, und dieser habe sie Botha mitgetheilt, dessen Antwort jedoch noch ausstehe.
Aus Kasvogello wird gemeldet: Es ist Dewet endgültig gelungen mit 3-400 Mann nach dem Norden zu entkommen. Seine Kolonne, zu welchem auch ein Kommando unter dem Befehl von Gromann's gestoßen ist, bewegt sich in vorgerückter Richtung nach Vullfontein. Piet Dewet hat neuerdings versucht, eine Zusammenkunft mit seinem Bruder zu haben; dieser

weigerte sich und bezeichnete seinen Bruder als einen Verräther, der sich von englischem Golde habe bestechen lassen. Christian Dewet erklärte, er wolle den Kampf bis zum Aeußersten fortsetzen. — Augenblicklich wissen die Engländer überhaupt nicht genau, wo der „fliegende Holländer“ eigentlich steht. Die „Times“ gesteht offen ein, daß es jetzt, wo Dewet sich wieder auf seinem eigenen Gelände bewegt, für die Engländer ganz unmöglich ist, gegen ihn zu operiren, denn sobald er bedrängt wird, löst sich sein Anhang auf, um wenige Tage später sich wieder zusammenzufinden.

China.

Vom Chinawirrwarr. Die Kämpfe sind noch immer nicht eingestillt. Wenigstens meldet Halberke: „Kolonne Ledebur hat am 8. März das Thor der großen Mauer westlich von An-shu-ling Paß (180 Kilometer westlich Pootingfu) erklammert und vier Geschütze genommen.“

Sehr ergötzlich ist Rußlands Verhalten in dem allgemeinen Wirrwarr. Die russische Diplomatie hat nämlich alle anderen Diplomaten gründlich zum Besten. Am 9. März wird z. B. aus Washington berichtet: „Aus dem zwischen den Vereinigten Staaten und den Mächten gepflogenen Schriftwechsel, welcher jetzt veröffentlicht ist, ergibt sich, daß außer der an die Mächte gelangten identischen Note der Vereinigten Staaten vom 16. Februar d. J. eine weitere Note an China abgehandelt wurde. In dieser wird China davon verständigt, daß die Vereinigten Staaten nicht geheime Verhandlungen zwischen China und einer andern Macht guthießen könnten, welche auf eine Abtretung eines Gebietes hinstreben. Die Note fügt hinzu, die Vereinigten Staaten hielten den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geeignet für Abtretungen, bezw. Verhandlungen über Abtretungen. Beinahe alle Mächte billigten die Note und sprachen ihre Zustimmung aus; darunter Rußland als eine der ersten.“ In das nicht wahrhaft rührend? Rußland billigt also als eine der ersten Mächte, daß ihm keinerlei Sonderprivilegien gewährt werde und am selben Tage wird aus Peking befehligt: „Der hiesige russische Gesandte besteht, wie aus chinesischer Quelle verlautet, auf der Unterzeichnung des Mandchurienabkommens und stellt Zwangsmaßregeln in Aussicht, falls die Unterzeichnung nicht innerhalb einer bestimmten Frist erfolgen werde.“ Der Zeichner des „Kladderadatsch“ sollte sich der russischen Treueherzigkeit mit einem Wibe erbarmen.

Interessant ist auch, was man über die zur Strafe zu ziehenden Bogenschützen hört. Depeschen aus Tsungtschuan berichten, „Bing Tsuan, Tsungtschuan und andere sind zum Widerstand gegen ihre Verhaftung vorbereitet. Tsungtschuan verfügt über 20 000 Mann, Bing Tsuan über 10 000. Ein kaiserlicher Kommissar ist auf dem Wege nach Kianghsia, um den Urtheilspruch über die schuldigen Beamten bekannt zu machen und dem betreffenden Obstherrschern zu verschaffen.“ Der arme Kommissar!

„Reuterei-Bureau“ meldet schließlich noch aus Peking: Die Gesandten bereiten den Plan vor, den die Gesandtschaften wegen der Forderungen der Einzelpersonen auf Schadloshaltung befolgen sollen. Man wird nur materielle Verluste in Rechnung stellen, nicht aber Verluste, die aus entgangenem Gewinn herrühren. Der amerikanische Gesandte Conger hat Montag früh Peking mit sechs Monaten Urlaub verlassen. Alle Gesandten waren zum Abschied auf dem Bahnhof erschienen.

Bei Li-Hung-Tschang stellt sich regelmäßig eine Krankheit ein, wenn der Einigkeit der Mächte neue Gefahren drohen. Vom Sonntag meldet Reuter aus Peking: Li-Hung-Tschang ist aufs Neue ernstlich erkrankt. Der Arzt sagt, sein Leben hänge an einem Faden.

Übeld und Nachbargebiete.

Dienstag, den 12. März 1901.

Wo bleibt der Achtuhrladenschluß?

Die diesjährige Märzfeier findet am 18. ds. Mts. im Vereinshaus statt. Beginn 8 1/2 Uhr. Das Referat über „Die Bedeutung des 18. März“ hält der Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse Emil Fischer. Karten zum Preise von 10 Pfg. sind bei den Distrikts- und Bezirksführern sowie in den bekannten Lokalen und Läden erhältlich.



Zuzug ist fernzuhalten

- Zimmerern nach: Bülow.
- Bauarbeitern nach: Kiel.
- Schneidern nach: Kiel.
- Brauereiarbeitern aller Branchen nach: Kiel.
- Töpfern nach: Kiel, Wilhelmsburg (Wad).
- Textilarbeitern nach: Kienzbürg.
- Maurern nach: Kienzbürg.



Gegen den Brodwurm! Das Großherzogthum Oldenburg, das doch vorwiegend Agrarstaat ist, wird, wie die „Frankf. Ztg.“ erfährt, im Bundesrathe gegen jede Erhöhung der Getreidezölle stimmen. — In Radorf b. Oldenburg i. Gr. sprach Genosse Hug vor reichlich 100 Personen gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle, in Bramstedt, sowie in dem benachbarten Dimsbelen, wo sämtliche Bauern zugegen waren und dem Redner zustimmten. Genosse v. Rossbicki, in Risdorf b. Segeberg Genosse Bartels-Hamourg. Hier machte der Gemeindevorsteher bei der Eröffnung einige Schwierigkeiten. Weitere Protestversammlungen fanden statt in Nähe (8. Kreis), wo Schulz-Hamburg vor 60 Personen das Vorgehen der Junker sogar kritisierte, ohne Widerspruch zu finden, und in Langelohe bei Elmshorn, wo Lemenzow-Hamburg referirte.

Süßige Industrie. Am 1. Januar 1901 arbeiteten in 137 Betrieben 4175 männliche, 856 weibliche, insgesammt 5031 Arbeiter, am 1. Januar 1900 in 137 Fabriken 3760 männliche, 793 weibliche, zusammen 4553 Arbeiter, also eine Steigerung um 416 (11 pCt.) bezw. 63 (8 pCt.), insgesammt 478.

Zur Beachtung! Der Maurer Egger hat am Freitag früh seine Wohnung in der Gartenstraße 24 ver-

lassen und ist bisher nicht wieder zurückgekehrt. Bekannte desselben, welche etwa in dieser Zeit mit ihm zusammengetroffen sind, werden gebeten, der Ehefrau hiervon Mitteilung zu machen.

Vom lässlichen Landgebiet. In Weidendorf hat der Necht G o h r m a n n am Sonnabend aus Wuth über eine ihm wegen Trunkenheit erteilte Rüge die Scheune des Fuhrers August Sch a r b a u in Brand gesteckt. Der Inhalt des Gebäudes, darunter auch 4 Starken, wurde ein Raub der Flammen. Der Schaden wird auf 10 400 Mark veranschlagt. Der verhaftete Thäter ist geständig; er dürfte schon in allernächster Zeit seiner Bestrafung entgegengehen.

Ein Rowdy hat in der Nacht auf Sonnabend dem Kriegswanne, einer der Figuren der Puppenbrücke, das Schwert abgeschlagen. Hoffentlich gelingt es, den Flegel zur Bestrafung zu bringen.

Schiffendienste verrichten in der Zeit vom 13. bis 22. März Kaufmann H. A. L. Krüger und Hofbesitzer C. C. L. Krull.

Als Delegierter zum Verbandstage der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, welcher Ostern in Nürnberg stattfindet, wurde Landorn-Lübeck mit 95 gegen 55 Stimmen gewählt, welche auf Lassen-Kiel entfielen.

Die Bezirks-Vorturnerstunde des Bezirks 4 (Lübeck) des Arbeiter-Turnerbundes findet Sonntagmittag 12 Uhr in der „Hansa“ in Wismar statt.

Öffentliche Versammlungen. Heute, Dienstag, Abend 9 Uhr findet im Vereinshaus eine öffentliche Versammlung aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen statt, in welcher nach einem Vortrage des Redakteurs Genossen L. Müller über „Die Gewerkschaftsbewegung und die Bedeutung des Kongresses der Handels- und Transportarbeiter“ die Wahl eines Delegierten zum 4. Kongresse in Nürnberg erfolgen soll. — Die Maurer halten morgen, Mittwoch, im gleichen Lokale eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Staning-Hamburg über „Die wirtschaftliche Krise im Baugewerbe“ spricht und die Abrechnung vom Generalfonds vorgelegt wird.

Wir weisen die Angehörigen der genannten Berufe auf diese Versammlungen hiermit besonders hin.

* **Holzverkäufe in den Nachbargebieten.** Dienstag, den 19. d. M., 11 1/2 Uhr, bei Rubach in Curau aus Forstbezirk Schwintende: 315 Nm. Buchen Kluft und Knüppelholz, 10 Nm. Eichen Kluftholz, 27 Haufen Buchen- und Nadelholzbusch, 13 Cav. Schleete à 25 Stk., 1 Cav. Fichten Leiterb. 6 Stk. Der Verkauf des Holzes beginnt mit Cav. 381. — Mittwoch, den 20. d. Mts. 2 1/2 Uhr, bei W o ß in Wulfsdorf aus den Forstorten Vorbederische, Scheidebusch und Hanrade: 160 Nm. Eichen, Buchen und Nadelholz, Kluft und Knüppel, 20 Cav. Eichen, Kluft und Pfahlholz, 13 Cav. entborft. Eichen, Pfahl- und Brennholz, 2 Cav. Nadelholz, Schleete, 500 Stk. Fichten Baumstämme, Bohnenstangen, Blumenkürde, 150 Haufen Laub- und Nadelholzbusch. — Freitag, den 22. d. Mts. bei Wallis in Waldhufen: 289 Nm. Buchen Kluft und Knüppelholz, 12 Nm. Eichen Kluft und Knüppelholz, 1 Nm. Nadelholz, Knüppelholz, 56 Haufen Buchen Abfallholz. — Freitag, den 23. d. Mts., 2 Uhr, bei Stapel-Feid in Cronsförbe aus den Forstorten Gehmjdri, C. Ammerfeld, Vogelharz und Hindbruch: circa 200 Nm. Eichen Kluft und Knüppel, 110 Nm. Buchen Kluft und Knüppel, 116 Nm. Hainbuchen, Birken, Eichen und desgl., 200 Nm. Nadelholz und desgl., 240 Haufen Laub- und Nadelholzbusch, 4 Cav. Eiern und Alpen Pantoffelholz, 1 Cav. Birken Schleete, 7 Cav. eichene Drahtspähle (90 Stk.).

Schlutup. Bei der Gemeindevorstands- wahl wurde als Vorsitzender an Stelle des nach 32-jähriger Thätigkeit ausscheidenden Herrn Böge Räuherer Peter B a d e gewählt, an Stelle von Fr. Steffen wurde Räuherer H. B. W e s p h a l gewählt. Ferner wurden Fischer Wilh. B a d e, und Räuherer Wilh. B a d e wieder, F. Böge und Zimmermeister B o ß neugewählt.

Curau. Gegen den Brodwucher! Am Sonntag, den 17. März, Nachmittags 4 Uhr, findet hier selbst im Lokale des Herrn Reher eine öffentliche Protest-Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher der Redakteur des „Glückauf“, Genosse L. Müller, über das Thema: „Die Erhöhung der Getreidezölle“ sprechen wird. Genossen! Agitiert für regen Besuch!

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. In Kiel haben die Heimarbeiter ein sehr unsozialistisches und verwerfliches Benehmen an den Tag gelegt, indem sie mit 42

gegen 15 Stimmen beschlossen, an der Lohnbewegung der Schneider nicht theilzunehmen. Diese unvernünftigen Menschen sträuben sich sogar gegen die Errichtung von Betriebswerkstätten! Sollte man so etwas für möglich halten?! — In Rendsburg ist die Hälfte der in der mechanischen Weberei beschäftigten Weber und Weberinnen ausständigsgeworden, um eine geringfügige Lohnerhöhung durchzusetzen. Die katholischen Thüringer beteiligten sich nicht. — Ohne Streik erreichten die Maurer der Hodorfer Ziegelei bei Wiltzer eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 45 Pfennige. Das war die Quittung für eine in flauer Zeit vorgenommene Lohnrückbildung.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Reinfeld starb der in Heilschoop geborene, in Böhlis in Dienk stehende Knecht Asmus Schunk, welcher zur Aushebung gewesen war, kopfüber die Treppe in „Stadt Hamburg“ herab und erlitt einen Schädelbruch, der den Tod des in das Lübecker Krankenhaus überführten jungen Mannes zur Folge hatte. — In Friedrichstadt wurde der französische Ingenieur Brinckwich verhaftet, welcher verdächtig ist, in Kiel spioniert zu haben. — In Langenfelde bei Hamburg wurde, vermutlich infolge Brandstiftung, das Petroleumlagerhaus und Stallgebäude des Petroleumhändlers Wallich in der Hügenstraße ein Raub der Flammen. — In Dambach bei Grabow brannte das Gewebe des Erbpächters Siggel total nieder, in Strahlendorf bei Warchim die Häuserei von May. — Das Schwurgericht in Güstrow sprach den Arbeiter Fritz Kirchner aus Malchow von der Anklage des Meineides frei.

Mölln. Glückliches Mölln! Die Finanzlage der Stadt ist eine so günstige, daß die Steuern im nächsten Etatsjahre nicht unwesentlich herabgesetzt werden können. Die Gemeindeeinkommensteuer soll von 125 Prozent auf 110 Prozent ermäßigt werden, auch von der Grund-, Gebäude- und Erwerbsteuer, die bisher mit 130 Prozent erhoben wurden, sollen künftig nur 110 Prozent Zuschläge zur Erhebung kommen. Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1901 schließt im Ganzen in Einnahme und Ausgabe mit 162 658 Mark ab.

Briefkasten.

Quittung. Die streikenden Reinfelders Tabakarbeiter bescheinigen den Empfang von 14,75 Mark, welche auf dem Tabakarbeiterball für sie gesammelt wurden.

C. W. R a h e b u r g. Deinen Brief, welcher wegen der Abwesenheit des Adressaten erst Montag geöffnet wurde, haben wir an das Arbeitersekretariat abgegeben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Bestellungen sich auf unser Blatt zu berufen.

Statt besonderer Meldung.

Sonntag Morgen 4 Uhr entließ sanft nach langer schwerer Krankheit mein innigst geliebter Mann

Aug. Zehm

im Alter von 54 Jahren.
Hier betrauert von mir und allen Verwandten.

Johanna Zehm

geb. Bormann.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. März, Vormittags 10 Uhr, von der Kirchhof-Kapelle aus statt. Beginn der Feier 9 1/2 Uhr.

Gutmöbliertes Zimmer zu vermieten
an 1 oder 2 Herren.
Karlstraße 70 5.

Billig zu verkaufen

1 Wassertonne.

Waisenbofstr. 19, 1. Stg.

Zu Otern ein kräftiger Bursche

beim Milchwagen, bei gutem Lohn.
Näheres Schwartzener Allee 70 5.

Zum 15. April oder 1. Mai tüchtiges Mädchen, das etwas Kochen kann, für Haus u. Küche gesucht, bezgl. ein hartes Mädchen für Küche und Haus. Hoher Lohn. Meldungen erbeten
Hansa-Meierei, Hafend. Allee 59.

Beicht zum Schuhmacherlehrling

unter günstigen Bedingungen nach Daffow.
Näheres Hünshafen 23.

Gründe Derjenigen, der am Sonnabend Abend 6 das Postenmarke beim Schlachter Sieck mitgenommen hat, ist dieses dort wieder abzugeben.

Bürgerlicher Mittagstisch Abonnement (7 Tage) 3 Mk.,
sonst 50 Pfg. Ludwigstraße 38.

Möbel-Fabrik

Hintze & Stech, Lübeck.

Empfehlen:

Polstermöbel, feinste u. lauzierte Möbel,
Spiegel, Stühle, Matratzen etc.

Direkter Verkauf zu Preisen in der Fabrik

Moislinger Allee 60.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an
fertig praprt und sauber

Die Druckerei des Ldb. Volksboten

Johannisstraße 50.

Vollständige Ausrüstungen

für junge Leute, die sich dem Seemannsstande widmen wollen, empfiehlt
H. Prenzlau, Untertrave 66/67.

Engelsgrube 53 **H. Mohr** Schwönetenquerstr. 1

Möbel-Ausstattungs-Geschäft

empfehlen sein

grosses Lager in **Mobilen**, einfach und elegant.

Großartige Auswahl. — Dauerhafte Arbeit. — Billige Preise.
Verkauf auf Wunsch auch auf Theilzahlung. Ansicht gerne gestattet.

Gratulations-Karten

zur Confirmation

in großer Auswahl und feinsten Ausführung

empfehlen die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
und deren Colporteurs.

Achtung!

Öffentliche Versammlung der Maurer

am **Wittwoch den 13. März 1901**

Abends 8 1/2 Uhr

im **Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.**

Tages-Ordnung:

1. Die wirtschaftliche Krise im Baugewerbe.

Referent: Kollege Stanineck-Hamburg.

2. Abrechnung vom Generalfonds.

3. Verschiedenes.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Einberufer.

Leere Farbetonnen
ist abzugeben

Friedr. Meyer & Co.

Margarine
von Klatt & Dittmann in Hamburg
Verkaufsstellen erkenntlich durch Plakate.
Lager und Vertreter:
Leopold Dose, Lübeck, Breitestr. 3.

Brod der Genossenschaftsbäckerei
E. Schütt, Gürstraße 81.

Geschäfts-Eröffnung.

Habe mit dem heutigen Tage einen
Barbier- u. Frisir-Salon
eröffnet und bitte das geehrte Publikum, mein
Unternehmen freundschaftlich zu unterstützen.

Julius Rhode

Friseur

Blodengießerstr. 67, Ecke Lg. Lohberg.

Gesangverein
„Eintracht“

BALL

am **Sonntag den 17. März 1901**
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50/52**
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Das Fest-Comitee.

Ein seltenes
Ereigniss!
im
Circus Variété
Mittwoch, Donnerstag, Freitag:
Die letzten Vorstellungen
dieser
Pracht-Serie.
An allen 3 Tagen:
Halbe Kassenpreise.
Jeder Besucher zahlt an der Abend-
Kasse halbe Preise.
An allen 3 Tagen Auftreten von
Heinr. Kalnberg
mit gänzlich neuem Repertoire,
dazu
10 Elite-Specialitäten.
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Stadt-Theater

Mittwoch 7 Uhr.
(161) 126. Abonn.-Vorh. 18. Mittwoch-Abonn.
Zwei Wappen.
Schwan von Blumenthal und Nabelburg.
Donnerstag den 13. März.
Ehrenabend Carl Sartory.
Letzte Aufführung
Die Puppe.

Betriebsbeschränkungen.

Mit ängstlicher Spannung sehen die Arbeiter dem Beginn des diesjährigen Frühjahrs entgegen, von dem sie eine Besserung der Beschäftigungsverhältnisse nach dem ungünstigen Winter mit seiner erheblichen Arbeitslosigkeit erhoffen. Sie pflegt doch in normalen Zeiten jedes Frühjahr eine Belebung des Geschäfts auf dem gesamten Gebiete der Produktion zu bringen. Leider sind wir genötigt, dieses Gefühl der Spannung in einer für die Arbeiter recht unerfreulichen Weise zur Auslöschung zu bringen. Keine Belebung, sondern eine weitere Verschlechterung des Geschäfts bringen die nächsten Monate. Die Nachrichten, die über die Beschäftigungsverhältnisse in den maßgebenden Gewerben zu Anfang des Monats März eintrafen, lauten derart entmutigend, daß den Arbeitern eine auch nur minimale Besserung der Lage des Arbeitsmarktes im Jahre 1901 beim besten Willen nicht in Aussicht gestellt werden kann. Betriebsbeschränkungen, Arbeiterentlassungen häufen sich in den ersten Tagen des März in auffällender Weise.

Kritisch ist die Situation im Bergbau- und Hütten- und Großgewerbe. Schon in der Roheisenproduktion beginnt die Einschränkung der Erzeugung. Seit dem 1. März produzieren die lothringisch-luxemburgischen Syndikats-Hütten nur noch 75 pCt. ihrer bisherigen Erzeugung. Ein sachmännischer Mitarbeiter der „Kölnischen Volkszeitung“ charakterisiert die Lage mit folgenden Worten: „Ueberall, wohin man sieht, erblickt man Arbeitsbeschränkungen, Störungen der Ausfuhr, schlechte Preise, ungeheure Verluste, Zwangsvollstreckungen, Selbsthilfe-Verläufe; in den Zeitungen werden fast täglich Kohlen, Coaks, Roheisen- und Walzzeugnisse, ob syndiziert, ob nicht syndiziert, angeboten, Verkünderungen wegen Verweigerung der Abnahme angezeigt; viele Betriebe lassen Lohnkürzungen und Feierlichkeiten eintreten; die Abnahme gekaufter Waaren wird vielfach verweigert; mit einem Worte: Verhältnisse treten in die Erscheinung, die erschreckend sind und zu der Frage drängen: wie wird dies alles noch enden?“ Wie man in den Kreisen der Eisenindustriellen über die künftige Gestaltung des Geschäfts sich ausdrückt, zeigen die Erwägungen, die der Verein deutscher Eisengießereien dem Roheisensyndikat vor einiger Zeit unterbreitet hat. Es unterliegt nach Ansicht des Vereins keinem Zweifel, daß die fortbauenden Klagen über den sehr schlechten Gang des Geschäfts begründet sind. Eine große Anzahl der deutschen Eisereien hat den Betrieb eingeschränkt, viele Eisereiarbeiter sind arbeitslos geworden. Die Konkurrenz der Eisereien, die Hochöfen besitzen, wirft die Preise, im Vergleich zum Preise des Roheisens, unverbältnismäßig. So wurden z. B. Unterlagsplatten von einem Hochofenwerke in öffentlicher Submission zu 107 Mark pro 1000 Kilo offeriert. Diese müßten aber bei Einhebung der nächstjährigen Rohmaterialienpreise in die Kalkulation mindestens 140 Mark kosten. In der Kanalisationsbranche offerierte ein Hochofenwerk 200 Tonnen fertigen Guß zum Preise von 29 900 Mark, während durchschnittlich von den reinen Eisereien etwa 20 pCt. mehr gefordert wurden. Da das Roheisensyndikat jede Preisermäßigung ablehnt, so gehen die Eisereien sehr schweren Zeiten, viele vielleicht einem vollständigen Untergang entgegen. Starke Betriebsbeschränkungen und ganz erhebliche Arbeiterentlassungen, die sich, soweit die Eisereien in Frage kommen, auf ca. 90 000 Arbeiter erstrecken, sehen in sicherer Aussicht. In der Maschinenfabrikation fehlt es vielfach an Aufträgen, so daß es unmöglich sein wird, den Betrieb im gegenwärtigen Umfang in den nächsten Monaten aufrecht zu erhalten. In der Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen fehlt die Nachfrage vom inländischen, aber noch mehr vom ausländischen Markte; die Aufträge auf Dampfmaschinen gehen stark zurück. Der Werkzeugmaschinenbau klagt über zunehmende Konkurrenz der Amerikaner, die große reichhaltige Lager in den Hauptstädten der Industrie unterhalten. Die Amerikaner

klagen diese Lager angesichts des Umschwungs der Konjunktur um jeden Preis los. Betriebsmaschinen für die Textilindustrie, für Brauereien etc. werden in ganz ungenügenden Quantitäten in Bestellung gegeben. Der Rückgang des Bedarfs auf allen diesen Gebieten bedingt notwendig eine Einschränkung der Erzeugung.

Die Anschauung, als ob es kaum noch möglich wäre, daß in der Textilindustrie der Geschäftsgang sich abermals wieder verschlechterte, hat nicht recht behalten. Die vereinzelten Ansätze einer Besserung sind rasch wieder im Keime erstickt worden, und mit Ausnahme weniger Branchen nimmt die Beschäftigungslosigkeit zu. Die flaue Lage im Wollgewerbe hält nach wie vor an, die Kammgarnspinner haben eben erst beschlossen, ihre Produktionseinschränkung von 20 Prozent fernerhin aufrecht zu erhalten, die Tuchfabrikation beklagt den ganz bedeutenden Rückgang der Exportaufträge und die Schwäche des inländischen Marktes. Ganz besonders alarmierend muß aber der Beschluß süddeutscher Textilindustrieller wirken, eine einheitliche Betriebsbeschränkung in der Baumwollindustrie um 25 Prozent eintreten zu lassen. Dieser Beschluß ist um so auffällender, als gerade in Süddeutschland die Baumwollspinnerei noch bis in die jüngste Zeit hinein sich merklich besser stellte, als in anderen Bezirken des deutschen Produktionsgebietes. Nun auf einmal wird diese Produktionseinschränkung ziemlich unvermittelt verkündet. Der Beschluß ist mit der Klausel gefaßt, daß die Baumwollspinner in anderen Gegenden Deutschlands zum Anschluß an die einheitliche Betriebsbeschränkung bewegen werden sollen. Auch aus Sachsen verlautete dieser Tage, daß die Baumwollspinner eine Betriebsbeschränkung planen. Indessen wurde diese Nachricht alsbald wieder dementiert. Damit ist jedoch die Befürchtung, daß es auch dort bald zu Betriebsbeschränkungen kommen würde, keineswegs endgültig für dieses Jahr beseitigt. Auch in der Seidenbranche wirken die geringen Umsätze des Marktes auf den Beschäftigungsgrad der Betriebe zurück. Immerhin muß zugegeben werden, daß z. B. im Zentrum der deutschen Seidenindustrie, in Krefeld, die Beschäftigung in den Fabriken noch zufriedenstellend, ja theilweise sogar gut ist.

Ein weiteres Moment für die ungünstige Beurteilung des Arbeitsmarktes ergibt sich aus der Beobachtung, daß die Bauhätigkeit bis jetzt fast noch überall ruht, die Unternehmungskluft für die kommende Saison überall gedämpft ist. Während sonst beim ersten Witterungsumschlag alsbald die Arbeiten möglichst umfassend aufgenommen wurden, beilen sich dieses Jahr die Bauunternehmer gar nicht, Bauten in Angriff zu nehmen oder zu vollenden. Ueberall stockt das Geschäft. Dazu kommt, daß auch die Nachfrage nach Wohnungen, namentlich in den besseren Preislagen, ganz erheblich zurückzugehen beginnt, da die Mietkassen enorm gestiegen sind. In einer ganzen Reihe von Städten, so in Berlin, Dresden, München, Braunschweig u. s. w. wird nach den bisherigen Beobachtungen kaum darauf gerechnet werden können, daß in den folgenden Monaten die Bauarbeiter voll beschäftigt werden. Wenn man von der Geschäftslage in diesen Städten auf den Baumarkt in den deutschen Großstädten überhaupt schließen darf, so wird sie in diesem Jahre weit hinter derjenigen des Vorjahres zurückbleiben. Ausnahmen sind sehr vereinzelt. Als eine solche hebt man hervor, daß z. B. in Stuttgart das Baugeschäft recht lebhaft zu werden verspricht. Auch in mittleren und kleinen Städten dürfte die Krise nicht so scharf einschneiden, wie in den Großstädten. Der schwache Beschäftigungsgrad im Baugeschäfte spiegelt sich schon heute in der Geschäftslage der Steinbrüche, Cementfabriken und Ziegeleien wieder. Die Aufträge für die kommende Bauzeit sind soviel geringer gegenüber dem Vorjahre, daß von einem Betriebe im Umfange des Vorjahres nicht die Rede sein kann. Daher auch die zahlreichen Betriebsbeschränkungen, die von den Verbänden in der Cementindustrie und verschiedenen Ziegeleikonventionen durchgeführt werden. Selbst

das starke Sinken der Cementpreise vermag bis jetzt nicht die Bestellungsflut in den Kreisen der Bauunternehmer irgendwie anzuregen. Dadurch tritt die Ueberproduktion im Cementgewerbe noch schärfer zu Tage. Die Erzeugung in Cement beziffert sich gegenwärtig etwa auf das Doppelte des deutschen Verbrauches. Die Fabriken sehen ihre einzige Hoffnung auf die großen Kanalbauten, obwohl selbst für den Fall, daß die Kanalvorlage angenommen wird, die Dauer des Baues der Kanäle sich auf mindestens 15 Jahre vertheilt. Den Cementfabriken wird deswegen nichts anderes übrig bleiben, als gleichfalls einschneidende Produktionsbeschränkungen vorzunehmen, wie es theilweise schon seitens einzelner Verbände geschehen ist.

Ueberblicken wir die Geschäftslage im jetzigen Augenblick, so überwiegen diejenigen Momente, die zu weiteren Betriebsbeschränkungen führen müssen und theilweise schon geführt haben. Nach ruhiger Abwägung kommt man zu dem Schluß, daß an Stelle der üblichen Belebung zu Beginn eines jeden Frühjahrs dieses Jahr zum mindesten eine weitere Stagnation, in einzelnen Gewerben aber eine weitere Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt eintreten wird.

R. Calwer.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Belegschaft der Grube „Gottlob“ bei T. heißen ist, wie dem „B. T.“ aus T. gemeldet wird, 130 Mann stark, wegen Differenzen mit der Grubenverwaltung in den Ausstand getreten. — Dem Werbauer Amtsblatt zufolge haben in der sächsischen Waggonfabrik in Werbau (Sachsen) von 326 Arbeitern etwa 300 wegen Abzugs von 10 Prozent des Tagelohnzuschlags die Arbeit niedergelegt. — Die Arbeiter der Berliner städtischen Rieckfelder, welche kürzlich dem Verbands der Gemeindearbeiter beitraten, haben beschlossen, ihrer Direktion eine Petition um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterbreiten. — Bei der Firma Westheider Nachfolger, Rheinische Holzindustrie in Düsseldorf, sind 38 Schneider in den Ausstand getreten. Christliche wie gewerkschaftliche Anhänger des deutschen Holzarbeiterverbandes gehen zusammen. — Da die Elberfelder Schneider in einer Lohnbewegung stehen, so werden die auswärtigen Kollegen dringend ersucht, den Bezug nach Elberfeld fernzuhalten. — Die Konfektionschneider von J. H. H. (Schwaben) und der ganzen Umgegend sind ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten und haben in sämtlichen Schneiderwerkstätten die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Streikenden ist groß. Die Forderung besteht in einer 15-20 prozentigen Erhöhung des Lohnes. — Die Lohnbewegung der Stuttgarter Schneider scheint ohne Streik zu Ende zu gehen. Am Freitag Abend fand eine Sitzung der Vertreter der Prinzipale und Arbeiter statt. Dabei wurden die für die Firmen 1. und 2. Klasse aufgestellten Akkordsätze von allen in Frage kommenden Firmen angenommen. Ueber Tarif 3 wird am Sonntag weiter verhandelt werden mit begründeter Aussicht, daß er ebenfalls angenommen wird. Sämtliche neuen Bestimmungen würden dann am 23. März in Kraft treten.

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, sämtliche Besitzern des Gewerbegebietes auf städtische Kosten die Zeitschrift „Das Gewerbegebiet“ zuzustellen. — In Lübeck ist man in der Bewilligung ähnlicher Forderungen seitens der Gewerbegebietsbesitzer nicht so splendid. Da reicht's nur für den Musikverein.

Die „Schwäbische Tagwacht“, unser Stuttgarter Parteiorgan, sieht sich infolge der Zeitungspapiertheuerung veranlaßt, den Abonnementspreis um 5 Pf. pro Monat zu erhöhen, so daß das Abonnement vom 1. April pro Vierteljahr 2,10 Mk. kostet.

Die Dienstmädchen und die Prostitution in

Bauernehre.

Von Georges de Lys. Autorisierte Uebersetzung von Wilhelm Thal.

(Schluß.)

IV.

Am nächsten Morgen saß in einem kleinen Pachtthaus ein Bauer an einem Tische, dessen düsteres Gesicht eine schwere moralische wie physische Müdigkeit verrieth. Sein Weib beugte sich über den kupfernen Kessel, der über dem Herde hing und dessen röthliche Strahlen die Runzeln, die sein Gesicht durchfurchten, noch schärfer hervortreten ließen. Seine grauen Haare fielen in struppigen Strähnen aus der zerfütterten und schiefstehenden Mütze. Der Tisch und die Bänke wackelten, während das Büffel, der Stolz der Pächterinnen der Dreffe, auf seinen schmutzigen Füchern nur zerbrochene Teller und ungleiche Schüsseln aufwies. Kostige, längst nicht mehr gebrauchte landwirtschaftliche Gegenstände lagen in den Winkeln herum.

Menschen und Geräthe verriethen das Elend, jenes Elend, das der Zusammenbruch und die Verzweiflung nach sich zieht.

Jean Drevon erschien auf der Schwelle, erkannte mit einem Blitze die herrschende Noth, und das Herz schmürte sich ihm zusammen. „Gott zum Gruß, Vater Brichet!“ rief er und sagte mit einer Bewegung, die an den militärischen Gruß erinnerte, an den Rand seines Hut. „Ihr erkennt mich nicht? Ich bin der Sohn von Drevon, Eurem alten Freunde.“

„Fühle mich sehr geschmeichelt über Ihren Besuch... ich wollte eben essen... wollen Sie mithalten?“ fügte Brichet hinzu und warf seiner Frau einen unruhigen Blick zu. „Das schlage ich Euch nicht ab,“ sagte Jean, einen höflichen Ton annehmend. „Ich habe einen guten Marsch zurückgelegt, und die Heimathluft hat mich hungrig gemacht.“

Ich bin hergekommen, um mit Euch zu sprechen, und es plaudert sich vor einem Glase Wein besser.“

Die Mutter Brichet hatte ihre Schürze über den Tisch gebreitet und zwei noch annehmbare Teller und Gläser gefunden; sie brachte jetzt die Kohlsuppe herbei, fügte etwas gelben Speck und auch Schinken hinzu und legte neben jeden Teller einen hölzernen Löffel.

Die Männer zogen das Messer, von dem sich der Bauer wie trennt, aus der Tasche und schnitten sich ein langes Stück aus dem Laib Schwarzbrot, das wie üblich in einen Lappen gewickelt war.

Die Frau ging hinaus und kam mit einem Steinkrug wieder, den sie den Speisenden hinstellte. „Wir haben gestern unsern ganzen guten Wein ausgetrunken, Herr Drevon,“ entschuldigte sie sich, „und können Ihnen deshalb nur noch Kräcker anbieten.“

„Das erfrischt noch mehr und ich habe gerade großen Durst,“ versetzte Jean. „Nun,“ fügte er hinzu, sich wieder an Brichet wendend, „wie geht's denn bei Euch? Ist Euer Pachtthof eben so gut wie Sangris?“

„Ach, Herr Drevon, ein Unglück führt immer noch andere mit sich. Das Unglück mit unserer Tochter, von dem Ihnen Ihr Vater wohl erzählt hat, hat mir allen Muth genommen. Das Pech ist mit Katherines Fehltritt bei uns eingetreten und es ist da geblieben, selbst als sie von uns fortgezogen ist.“

„Katherine ist nicht hier?“ rief Jean, „Sie haben sie fortgejagt?“

„Nein, Herr Drevon, obwohl sie's verdient hätte, aber wir haben kein so hartes Herz. Aber hier ging es nicht mehr. Da merkte sie denn, daß sie uns Unglück brachte, und hat in Lyon eine Stelle angenommen, jetzt ist sie dort bei reichen Leuten in Dienst.“

„Und ihr Kind?“

„Das haben wir hier behalten; den Jungen haben wir hier behalten; da sehen Sie, er erwacht gerade!“

Jean sprang auf das Bett zu, nahm das Kind auf den Arm, betrachtete es mit tiefer Bewegung und murmelte dann schluchzend: „Mein Sohn!“

Die Alten rissen verdutzt die Augen auf und sahen ihn verwundert an.

„Verzeihung,“ jagte er ernst und würdig, „ich bitte Euch um die Hand Eurer Tochter Katherine.“

V.

Mit der Adresse von Katherines Herrschaft versehen, ist Jean nach Lyon gefahren. Der Bauer, der freie Mann leidet darunter, seine Braut bei Fremden in Dienst zu wissen. Sein Stolz empört sich, doch sein Gewissen sieht darin die Buße für seine Schuld.

Jetzt klingelt er an der Thür eines vornehmen Hauses. Ein Diener in Sivree öffnet, betrachtet verächtlich die blaue Blouse des Pächters und sagt: „Leute wie Sie werden bei dem Herrn Baron nicht vorgelassen.“

„Ich will Fräulein Katherine sprechen.“

„Das Kinder mädchen? ... Dann gehen Sie über die Hintertreppe.“

„Wo ist das?“

„Erste Thür links. Aber machen Sie schnell, daß Sie fortkommen, Ihre Blouse nimmt sich hier recht traurig aus.“

„Und Sie sind sehr frech, mein Junge,“ brummte Jean.

„Und Sie sehr keck,“ entgegnete der Diener zornig, „na, vortwärts, verschwinden Sie!“

„Wenn ich will...“

Mit diesen Worten stellte sich Jean mit zusammengepreßten Zähnen und blühenden Augen vor die Schwelle.

Andere Diener kamen herbeigelassen, und von dem Lärm angelockt, verließ auch der Hausherr sein Zimmer; mit einer Handbewegung hielt er seine Leute zurück und fragte, sich an den Fremden wendend: „Wer sind Sie, und was wollen Sie?“

Berlin. Nach den Feststellungen eines Berliner Arztes ist binnen 44 Jahren — von 1855 bis 1898 — in Berlin die Beteiligung der Arbeiterinnen an der Prostitution von circa 71 auf ungefähr 43 Prozent der Prostituierten gesunken, die Beteiligung der Dienstmädchen dagegen von ungefähr 7 auf 51 Proz. gestiegen. Es geht, so meint Dr. Blaschko in seiner Schrift „Hygiene der Prostitution“, hieraus ohne Zweifel hervor, daß die arbeitende Bevölkerung Berlins heute einen ungleich ungünstigeren Nährboden für die Prostitution bilden muß, als früher. Zu denken giebt dagegen das außerordentlich erhebliche Ansteigen des Prozentsatzes, mit welchem die Dienstmädchen an dem Bestande der Prostitution teilnehmen, eine Thatfache, die man auch in anderen größeren Städten begegnet. Das läßt darauf schließen, daß in dieser Bevölkerungsschicht sich nicht die gleich günstige Wandlung vollzogen hat, daß sowohl in der rechtlichen Lage als auch in den äußeren Lebensbedingungen der Dienstmädchen noch heute ebenso zahlreiche, wenn nicht noch mehr Momente gegeben sind, welche dieselben der Prostitution in die Arme treiben. „Noch gilt in Preußen, so sagt Dr. Blaschko, für das städtische Gesinde die außerordentlich harte Gesindeordnung vom Jahre 1810, noch heute rekrutirt sich weitaus die größte Mehrzahl der weiblichen Dienstmädchen vom Lande und aus der Provinz, von wo sie, was den Geschlechtsverkehr betrifft, die ungenügend natürlichen Anschauungen der Landbevölkerung mit in die Stadt bringen; noch heute verweist wie ehemals die Tradition des preussischen Heeres den liebebedürftigen preussischen Grenadier an die Küchensee.“ — Alles in allem ein hübsches Kulturbild aus dem Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die Köche und Köchinnen Kopenhagens haben zwecks Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen einen Fachverein gegründet.

Frauen im Staatsdienst. Das norwegische Storting nahm am Dienstag ohne Debatte einstimmig den Entwurf der Regierung zu einem Zusatz zur Verfassung an, der den Frauen den Zugang zu den Staatsämtern öffnet, so weit es durch ein besonderes Gesetz bestimmt wird.

Zu den dänischen Folkethingwahlen, die demnächst stattfinden, sind von der sozialdemokratischen Partei in 30 Wahlkreisen eigne Kandidaten aufgestellt worden. Es gilt, bei den bevorstehenden Wahlen die Konservativen aus ihrer Stellung als regierende Partei zu verdrängen und die gemäßigt-liberale Partei zur Auflösung zu bringen. Bei den Wahlen in den Jahren 1892, 1895 und 1898 hat sich die Zahl der sozialdemokratischen Mandate von 2 auf 8 und die gegenwärtigen 12 vermehrt, während die der Konservativen von 31 auf 24 und 16, die der Moderierten von 40 auf 28 und 21 zurückgegangen ist. Als ein beständiger Fortschritt der Sozialdemokratie und ein beständiger Rückgang der Regierungsparteien. Da die Wahlen in diesem Jahre zum erstenmal geheime sind, ist zu erwarten, daß diese Tendenz in noch härterer Maße zum Ausdruck kommt.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Zu dem Selbstmord des Unteroffiziers Mörner in Stallupönen erzählt die dortige Zeitung, daß der Unglückliche jedenfalls aus Furcht vor Strafe Hand an sich gelegt hat. D. wurde in der Nacht zum Montag voriger Woche dabei betroffen, als er einem Kameraden die Posttasche bezw. das Portemonnaie revidierte. Da in letzter Zeit im Regiment mehrfach Geldbeträge verschwanden, ohne daß es gelang, den Thäter zu ermitteln, so gerieth er naturgemäß in den Verdacht, auch diese Diebstähle ausgeführt zu haben. Noch ehe von dem Vorfall Meldung erstattet war, begab sich D. auf seine Stube und machte seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Danach wurde der Selbstmord mit dem Auktariat auf den Rittmeister v. Krosigk in Gumbinnen nichts zu thun haben. — Die Strafkammer in Benthien (Oberschlesien) verurtheilte den Polizeizeuganten Joseph Auguzier aus Zawadzje wegen Körperverletzung im Amte zu drei Monaten Gefängnis. — Ein richtiges Räuberleben führte eine jugendliche Bande, die jetzt von der Kriminalpolizei in Berlin ganz aufgehoben ist. Sie zählte 14 Mitglieder, die bis auf zwei alle noch strafunmündig sind. Die Bengel haften in der Kaiserin Augusta-Allee in einem großen, nicht benutzten Kanalisationsrohr. Hier hatten sie sich aus zusammengestohlenen Fiedelbänken, Heu und Stroh ein Lager zurechtgemacht, auf dem sich sehr wohl schlafen ließ. Wer nicht mehr Platz fand, der fand ein Unterkommen auf Herbergen oder Kähnen. Eine Abtheilung des Rohres war als eine Art Küche hergerichtet, in der geheizt und gekocht wurde. Von dieser Räuberhöhle aus unternahmen die

Durch den Streifzüge in die benachbarten Straßen, um durch Einbrüche und Diebstähle den Lebensunterhalt zu erwerben. Während die einen Milch, Wurst, Schinken, Käse u. dergl. heranschleppten, sorgten andere durch Abhängediebstähle für Kleidung, Schuhzeug u. s. w. — In Berlin wurde am Sonnabend der Banquier und Hauptmann der Landwehr Wenland nach dreiwöchentlicher Verhandlung wegen Unterschlagung und Vergehen gegen das Depotgesetz zu 3 Jahren und 9 Monaten Gefängnis verurtheilt. Auf Aberkennung der Ehrenrechte wurde nicht erkannt. — Unter großem Andrang des Publikums verhandelte das Schwurgericht in Nürnberg gegen die Gebr. Städtler, die am 17. Novbr. die Schreinerfrau Siefert in ihrer Wohnung überfallen, erschlagen und ausgeraubt hatten. Der Tischler Paul Städtler-Eschenau wurde wegen qualifizierten Totschlags zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe und Vätermeister Georg Städtler-Saarwellingen wegen Beihilfe zum Diebstahl und Zeherei zu 4 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt. — Aus Köln wird gemeldet: In Bodendorf ertranken ein 17-jähriges Mädchen in der hochgehenden Ahr bei der Nachenüberfahrt und ein junger Mann bei dem Rettungsversuche. — Das letzte Opfer der Binger Nachenkatastrophe, die Leiche der Erzieherin Fräulein aus Geisenheim, ist jetzt auch aufgefunden, und zwar wurde dieselbe oberhalb Brachbach gelandet. Dem wegen der Binger Nachenkatastrophe von der Strafkammer in Mainz zu einem Jahr Gefängnis verurtheilten Schiffer Franz Hand von Bingen ist, nachdem er 4 Monate von der gegen ihn erkannten Strafe verbüßt hat, von dem Großherzog der Rest der Strafe auf dem Gnadenwege erlassen worden. — Hochwasser wird aus Desterreich und aus Ungarn gemeldet. In Böhmen, Mähren und Galizien sind viele Flüsse aus ihren Ufern getreten und verursachen großen Schaden und zahlreiche Verkehrsstörungen. Aus Budapest wird berichtet: Infolge des Austrittes des Rakosbaches ist die hiesige Wasserleitung arg bedroht. Die Chauffee nach Waizen und die elektrische Straßenbahnverbindung ist zerstört. Mehrere Gebirge befinden sich in großer Gefahr. — Durch Infolge des Schneefalles zerrissene Drähte der elektrischen Oberleitung wurden Freitag in Wien 5 Pferde in den Straßen getödtet. — Das Pulvermischwerk in Wagnitz bei Graz ist in die Luft geflogen. Es wurde niemand verletzt, da die Explosion stattfand, nachdem bereits alle Arbeiter das Werk verlassen hatten. — Der englische Dampfer „Clay Patriot“ aus Hull nach der Südküste Islands ist mit Mann und Maus untergegangen. Mit Ausnahme eines Maschinisten ist, wie der „L.-M.“ meldet, die ganze Besatzung ertrunken. — Ein entsetzliches Schiffsunglück wird ferner aus Bilbao (Spanien) vom Freitag gemeldet. Der englische Dampfer „Dulona“ fuhr an der nahe gelegenen Küste gegen Felsen und sank. Die Mannschaft, bestehend aus 23 Mann, ist umgekommen.

Ein Sparassentrad. In Kamini. B. bestand seit Jahren eine Spargenossenschaft unter dem Namen „Orts-Verbrüderung.“ Sie arbeitete unter dem Deckmantel der Frömmigkeit, und die geistlichen Vereine wurden nicht müde, ihre Gelder der „Verbrüderung“ anzuvertrauen. Auch Arbeiter, kleine Besitzer und Dienstboten brachten ihre sauren Ersparnisse zu der frommen Genossenschaft, welche 2 bis 5 Prozent Zinsen bot. Der Leiter, Kassendirektor Karl Voigt, genoß das unbeschränkte Vertrauen. Er galt als Freund der Armen und Bedrängten, seine Frömmigkeit war sprichwörtlich und zahlreich waren seine Zuwendungen an fromme Stiftungen. Das Vertrauen zu ihm war so groß, daß man es nicht für nötig fand, seine Kassensführung einer regelmäßigen Kontrolle zu unterziehen. Jetzt ist der ganze Kreis Kamini in Aufregung gerathen, weil sich herausstellte, daß die Grundlage dieser Sparkasse unsolid war und die Kasse einem vollständigen Krach verfallen ist, aus dem die Einzahler nur sehr wenig retten werden. Ueber das Vermögen Voigts ist der Konkurs eröffnet worden. Bisher sind schon mehr als 300000 Mark Schulden festgestellt, denen kaum 38000 Mark Vermögen gegenüberstehen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Weil er es satt war, draußen zu nächtigen, weil er ein warmes Nachtlager haben wollte, begab sich am Abend des 11. Januar der Arbeiter Joh. van der Vohe zu einem Polizeibeamten, der an einem Plage in Essen stationiert war und stieß eine Majestätsbeleidigung aus. Die Essener Strafkammer, die am Donnerstag wegen dieses Falles zu verhandeln hatte, nahm an, der Angeklagte habe in Trunkenheit gehandelt und erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Oper, Operette und Polizeijur. Der Polizeinspektor Daum in Sagan hatte vor dem Programm

sich dann aber wieder mit dem energischen Stolze ihrer Mutterliebe.

Jean betrachtete das junge Mädchen und war glücklich, sie so wiederzufinden.

Eine kurze Pause trat ein, dann fuhr der Baron fort: „Nun gut, Katherine, Sie werden sofort mein Haus verlassen.“

Das junge Mädchen machte eine verzweifelte Bewegung. „Oh, Sie schiden mich fort, gnädiger Herr? ... Das ist aber recht grausam! ... Was soll aus meinem Kleinen werden?“

„Ich schide Sie nicht fort, Katherine, aber hier ist ein braver Junge, der Sie mitnehmen will.“

Mit diesen Worten ließ der Baron das junge Mädchen zu Jean Drevon, der mit leuchtendem Gesicht zitterte.

VI.

Einen Monat später waren sie verheiratet. Jean nahm das frühere Gut der Bräutigam wieder in Pacht und richtete seine Schwiegereltern darin ein.

Gleichzeitig half er seinem Vater das große Gut in Schwann bringen, in welchem die Mutter Drevon ihre Herrschaft beibehielt. Die Jahre waren günstig, die Ernte fiel reichlich aus, das Vieh vermehrte sich und wurde zu guten Preisen auf dem Markt verkauft.

Heute hat Jean die Besingung-Sangris angekauft. Die Alten arbeiten nicht mehr, doch Katherine hat ihrem Manne noch zwei Söhne geschenkt. Der Älteste hilft seinem Vater bereits fleißig, und es wird dem Gute nie an kräftigen Armen fehlen.

eines Konzertes, das am 1. Weihnachtstage von der Kapelle des in Sagan garnisonirenden Feldartillerieregiments Nr. 5 gegeben werden sollte, die Ouvertüre zu Suppes Operette „Leichte Kavallerie“ gestrichen, weil dieses Tonstück einer ernstern Sonntagsheiligung nicht entspricht. Nun sollte die Ouvertüre zu Beethovens „Egmont“ aufgeführt werden, aber als es sich herausstellte, daß dieses nicht möglich sei, wurde die Ouvertüre zu Rossinis Oper „Die bische Ester“ auf das Programm gesetzt, und die Polizei hatte nichts dagegen einzuwenden. Ueber diesen Vorgang hatte der „Niederschles. Anz.“ einen Artikel veröffentlicht, durch den sich Polizeinspektor Daum beleidigt erachtete, und der deswegen der Beurtheilung durch das Landgericht in Ologau unterlag. Bei seiner Vernehmung erklärte Herr Daum, daß er sich gern mit einer Verurteilung zufriedener gegeben hätte. Der Bürgermeister Simon jedoch habe verlangt, daß er einen Strafantrag stelle. Sodann bekundete Herr Daum, daß er kein Musiker sei, und wenn er zu entscheiden habe, ob ein Musikstück ernst sei oder nicht, so sehe er es sich darauf an, ob es sich als Oper oder Operette ausbebe. Das Urtheil des Gerichts lautete auf eine Geldstrafe von 10 Mark, weil der Fall nach dem Erkenntnis äußerst milde lag. — Der polizeiliche Zensor hat übersehen, daß in einer Operette mitunter recht ernste Tonsätze vorkommen und in einer Oper mitunter recht heitere Weisen erklingen. Für die Beurtheilung der polizeilichen Theaterzensur als Institution ist dies ein Beitrag, der zehn Mark und etliche Gerichtskosten werth ist.

Ein Arbeiter war angeklagt worden, weil seine Kinder an 34 Tagen die Volksschule nicht besucht hatten. Die Strafkammer sprach ihn aber frei. Es war festgestellt worden, daß die Eheleute schon früh um 5 Uhr bezw. 7 Uhr auf Arbeit gingen und erst am Abend nach Hause kamen, auch ermahnten sie die Kinder zum Schulbesuch und bestrafte sie kräftig, wenn sie den Unterricht veräußert hatten. Das Kammergericht wies die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet zurück, da der Angeklagte alles gethan habe, was er nach seinen Verhältnissen habe thun können. Man könne auch nicht verlangen, daß die Eltern so lange zu Hause blieben, bis die Kinder die Schule aufgesucht hätten; unter diesen Umständen würden die Eltern überhaupt keine Arbeit bekommen, die Arbeit geht aber der Schule vor.

Was das Auge einer Pariser Schneiderin werth ist, das wurde vor einigen Tagen in einer Gerichtsverhandlung vor der 7. Kammer des Seine-Zivilgerichts festgestellt. Fräulein Debelle, eine junge Schneiderin, machte am 2. Januar per Rad eine Spazierfahrt im Bois, als sie von einer Droschke umgerannt und so schwer verletzt wurde, daß sie ein Auge einbüßte. Sie klagte nun gegen den Fuhrherren-Verband auf Schadenersatz, und das Gericht sprach ihr eine Entschädigung von 21 200 Francs zu; der Fuhrherren-Verband hatte das verlorene Auge mit nur 1200 Francs bewertet, die bereits vor der Gerichtsverhandlung gezahlt worden waren.

Was ich bin und was ich habe . . . Der Schuhmacher Carl Arnholt in Eberswalde hatte in den Krieges 1864, 1866 und 1870/71 tapfer mitgekämpft. Im Laufe der Jahre starben ihm seine Frau und seine Kinder, und am 1. August 1893 ließ er sich als alleinstehender Mann in Trampe bei Eberswalde nieder, um dort sein Brod zu verdienen. Leider litt er, infolge der Kriegstrapagen, an Herzkrämpfen, und so war es ihm in Trampe nicht möglich, sich zu ernähren. In dieser Noth wurde ihm vom Auguste Viktoriaheim eine Stelle als Hausdiener angeboten, die er dankbar annahm. Als solcher wurde er am 14. Dezember 1898 nach der Stadt geschickt, um Besorgungen zu machen. Untermwegs fühlte er einen Anfall seines Leidens und setzte sich schnell auf die Erde, um nicht zu fallen. Als er nach zwei Stunden wieder zur Besinnung kam, fühlte er, daß ihm beide Füße erfroren waren und er schleppte sich mit vieler Mühe ins Mutterhaus zurück. Dort wurde ihm alsbald der eine Fuß einen Zoll oberhalb des Fußgelenkes amputirt, vom anderen wurden ihm die Beine abgeschnitten. Nachdem er nun etwa ein Jahr krank gelegen, wurde er als gebesselt entlassen. Jetzt haust er in der elenden Dachkammer einer armen Wittwe mit einer Einnahme von monatlich 11,10 Mark, das sind täglich 37 Pfg., welche er von der Invaliditätsversicherung erhält. — In Eberswalde wird daher öffentlich an das Mitleid der Mitbürger appellirt, um diesen Mann, der für Preußen und Deutschland in drei Feldzügen sein Leben aufs Spiel gesetzt und seine Gesundheit ruiniert hat, vor dem langsamen Tode des Verhungerns zu retten. Auch ein Kulturbild!

Ein neues Fernobjektiv. Die „Lausanner Revue“ berichtet: Der Photograph Wautier in Grandson hat eine hochwichtige Erfindung gemacht, indem es ihm gelang, einen Apparat zu konstruieren, der detaillirte, deutliche Fernphotographien ermöglicht. Die Erfindung wurde im Schweizer Generalstab erprobt und ergab glänzende Resultate. Von Yverdon aus wurde der in der Luftlinie 210 Kilometer entfernte Säntis aufgenommen, mit solcher Deutlichkeit, daß alle Details an den kleinen Gennhütten erkenntlich sind. Der Apparat besteht aus einem drei Meter langen Rohr, dessen Konstruktion einzuweisen noch ein Geheimniß des Erfinders ist. So weit die „Lausanner Revue“. Man wird den weiteren Nachrichten in allen theilhaftigen Kreisen mit größtem Interesse entgegensehen. Hoffentlich bestätigen sie den hier gemeldeten neuen Fortschritt der Photographie.

Die Volkszählung für Dänemark am 1. Februar hat, der vorläufigen Aufstellung zufolge, 2 447 441 Einwohner ergeben. Island, Grönland und die westindischen Besitzungen sind hierbei nicht mitgerechnet. Kopenhagen zählt jetzt 378 280 Einwohner. Außerdem giebt es 11 Städte mit über 10 000 Einwohnern, wovon die größten Aarhus mit 51 909, Odense mit 40 104, Aalborg mit 31 462, Horsens mit 22 232, Randers mit 20 050, Vejle mit 14 950, Helsingör mit 13 864 Einwohnern sind.

Sternschanz-Viehmarkt

Hamburg, 11. März

Der Schweinehandel verlief gut. Zugelassen wurden 490 Stück, davon vom Norden — von Süden — Stück. Preise: Sengschweine — 11. 2 erland 40 bis 55 — 56 Mk., leichte 54 — 55 Mk., Sauen 50 — 54 Mk. 25 bis 50 — 53 Mk. 25 bis 100 Mk.